H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 84
Sept./Okt. 03
2,00 Euro

DER RECHTE RAND

Sommerloch ???





Aufmärsche gegen die Wehrmachtsausstellung gehen weiter – 3.800 Neonazis beim „Deutsche Stimme"-Pressefest in Meerane – 3.500 Neonazis beim „Hess-Aufmarsch" in Wunsiedel

Informationen von und für AntifaschistInnen

Hess-Marsch – JF gegen VS – Friedman Ermittler – Bomben-Gedenken in Hamburg – Hausbesetzung von Rechts – „Deutsche Stimme"-Pressefest – Schwerpunkt Musik: „Landser"-Prozess und -Vertrieb – Bremer Naziband-Szene – „Böhse Onkelz"-Konzert – „Demokratie direkt" – „Zentrum gegen Vertreibungen" – Porträt: Karl-Heinz Hoffmann – „Kalaschnikow" – Italien, Österreich, Spanien – Rezensionen – Meldungen

In diesem Heft

Fotos in dieser Ausgabe:
ef (S. 1 (o), 5 (u)), Enough is enough! (S. 6 (u)), P. Jülich (S. 1 (u li), 3 (3)), Bildarchiv Der Rechte Rand (S. 8, 25).

Editorial

Das war ein heißer Sommer! Zwei Großveranstaltungen der Neonazis mit wechselndem Potenzial, eine davon in Wunsiedel, sogar durch das Bundesverfassungsgericht geschützt. In der Bundesrepublik Deutschland darf auf Großveranstaltungen höchstrichterlich beschieden NS-Größen gehuldigt werden. Das Anti-Grenz-Camp „Kein Mensch ist illegal" wurde staatlicherseits unter Einsatz von Gewalt in dem Augenblick aufgelöst, als ca. 50 Neonazis dagegen aufmarschierten.

Und doch hatte dieser Sommer auch etwas erfrischend Gutes: „Richter Gnadenlos" ist nicht mehr. Seine Entlassung erfolgte nicht aufgrund politischer Einsicht, und so kam die folgenreiche Erkenntnis des regierenden Oberbürgermeisters der „Freien" und Hansestadt Hamburg, Ole von Beust (CDU), über seinen zweiten Bürgermeister, er verfüge nicht über die charakterlichen Eigenschaften für das Amt eines Innensenators, reichlich spät.

Die Schattenseiten des Sommers nutzte auch ein Anti-Antifa-Bündnis, dessen Zusammensetzung nicht überrascht. In Zusammenarbeit mit der faschistoiden „Jungen Freiheit" (JF) versuchen Rechtsausleger der CDU/CSU, einzelne antifaschistische JournalistInnen und die Zeitschrift „Der Rechte Rand" öffentlich zu diskreditieren. Als Vehikel nutzen sie eine vom nordrhein-westfälischen Innenministerium im Oktober organisierte Veranstaltung „Die Neue Rechte - eine Gefahr für die Demokratie?" Dort treten als Referenten neben anderen auch Personen auf, die schon für den „Rechten Rand" Artikel geschrieben haben. Das reichte für eine Hetzkampagne, in deren Verlauf mal wieder Faschismus und Antifaschismus gleich gesetzt werden und die JF sich selbst in die „neutrale" Mitte stellen möchte, um nicht mehr als „rechtsextrem" im VS-Bericht von NRW kriminalisiert zu werden. Die Teilnahme des Extremismusforschers Uwe Backes unterschlagen die Anti-Antifaschisten geflissentlich. Wird Backes auf der Veranstaltung auch zur Sprache bringen, warum er einen Mitarbeiter des umstrittenen „Hannah-Arendt-Instituts" in Dresden bei seinen Bemühungen unterstützte, den Widerstandskämpfer Georg Elser mit sehr fragwürdigen Argumenten in den Dreck zu ziehen? Interessant wäre auch die Antwort Backes auf die Frage, warum der inzwischen zum „Neurechten" konvertierte Bernd Rabehl in seinem „Veldensteiner Kreis" Mitglied werden konnte und zum Autorenkreis in dem von Backes und Jesse herausgegebenen Extremismus-Jahrbuch zählt. Der JF um Dieter Stein und seinen Kampagne-Adjutanten Manuel Ochsenreiter, Klaus Jürgen Hedrich und Sebastian Prinz ist zu Recht nicht entgangen, dass diese Zeitschrift eine klare und kompromisslose Abgrenzung von den extrem rechten Positionen der JF fordert. Aber der „Rechte Rand" wäre keine „Information von und für AntifaschistInnen", würde er nicht auch auf die Öffnung nach rechts bei eher links angesiedelten Projekten hinweisen, die ebenfalls nicht hingenommen werden darf.

Der Sommer hatte auch seine Begleitmusik. Trotz Gerichtsverfahren gegen die Nazi-Band „Landser" und Indizierungen lässt der Boom vom „Rechts-Rock" nicht nach. Nicht vergessen werden darf, dass auch hier deutsche Beamte ihre Finger im Spiel haben. Bekannte Vertriebsspezialisten wie Mirko Hesse und Toni Stadtler, die inzwischen juristisch belangt wurden, waren Informanten des VS.

Ein heißer Sommer schützt nicht vor der braunen Gefahr und AntifaschistInnen sollten sich bald etwas einfallen lassen, um dem zukünftigen spätsommerlichen Treiben der „Faschistischen Internationalen" um den Nazi-Anwalt Jürgen Rieger im bayerischen Wunsiedel ein Ende zu setzen.

Der nächste Rechte Rand erscheint Anfang November. Redaktionsschluss ist der 9. Oktober 2003.

Termine

11.-14. September 2003 in Fürth/Nürnberg: Action days gegen (Abschiebe-) Lager. Infos und Programm unter www.ausreisezentren.de.

Fleissige Dienerinnen

„Rudolf-Hess-Marsch" in Wunsiedel

Der Richterspruch des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe am 14. August diesen Jahres hatte alle Hoffnungen zunichte gemacht, dass die Hess-Gedenkkundgebung in Wunsiedel in diesem Jahr verboten werden würde.

Von Andrea Röpke







Hess-Marsch 2003
Bild oben: Frauen der militanten „Kameradschaft Tor"
Mitte: Oliver Schweigert (Bildmitte)
Unten: Junge Frauen verteilen während der Veranstaltung Flugschriften

Dem Recht auf Versammlungsfreiheit wurde stattgegeben und damit über 3.500 Neonazis Tür und Tor geöffnet. Es wurde der größte rechtsextreme Aufmarsch der letzten Jahre. Wunsiedel und das Grab von Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess sind damit endgültig zum braunen Wallfahrtsort in ganz Europa geworden.

Erschreckend dabei ist die Tatsache, dass es sich bei den Teilnehmern aus der Bundesrepublik, Tschechien, Italien, Spanien, Belgien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Großbritannien, Schweden und Dänemark fast ausschließlich um Anhänger des nationalen Kameradschaftsspektrums handelte, von der NPD waren nur wenige dem Aufruf gefolgt. Ansonsten hätte man noch weitaus höhere Teilnehmerzahlen befürchten müssen.

Von einem versöhnenden Schulterschluss zwischen „Freien Nationalisten" und der NPD konnte hier keinesfalls die Rede sein. Allerdings waren auch wichtige Funktionäre aus den Reihen der Kameradschaften nicht vor Ort, besonders das Fehlen von Christian Worch, Thomas Wulff und Steffen Hupka verwunderte auch die eigenen Anhänger.

Dafür waren die Frauen in diesem Jahr stärker denn je vertreten. Die emsige Hamburgerin Inge Nottelmann war als Stellvertreterin von Hauptorganisator Jürgen Rieger für die Koordination des rechten Spektakels zuständig und tat dies auch mit gewichtiger Miene.

Mehrere „Skinhead-Gefolgsfrauen" gingen ihr dabei fleißig zur Hand, verkauften Wunsiedel-Shirts mit dem Hess-Logo. Einige ältere Funktionärinnen in Dirndl-Kleidern wurden von glatzköpfigen Kameradschaftsführern artig begrüßt. Frauen in langen schwarzen Röcken und weißen Blusen mit züchtigen Zöpfen trugen große Banner, und auch das Transparent der „Kameradschaft Tor Berlin" durfte von rechten „Mädels" vorgezeigt werden.

Frauen stellten auch einen beträchtlichen Teil der Ordnerschar, diese Begebenheit schien aber eher aus der Not heraus geboren, da die Ordner laut Polizeiauflage nicht vorbestraft sein durften. Eine besondere Ehre kam Daniela Wegener, einer Funktionärin aus dem Umfeld des Borussenchefs „SS-Sigi" Borchardt, zu Gute - sie durfte neben Jürgen Rieger oben auf der Bühne Zitate aus den Briefen von Rudolf Hess verlesen. Klischeegerecht und unkritisch durfte sie dann auch nicht vom eisernen Kampf eines Altnazis berichten, sondern zitierte schüchtern, steif und stockend dessen wirre Ansichten zu „frauenspezifischen Themen" wie nationaler Kindererziehung.

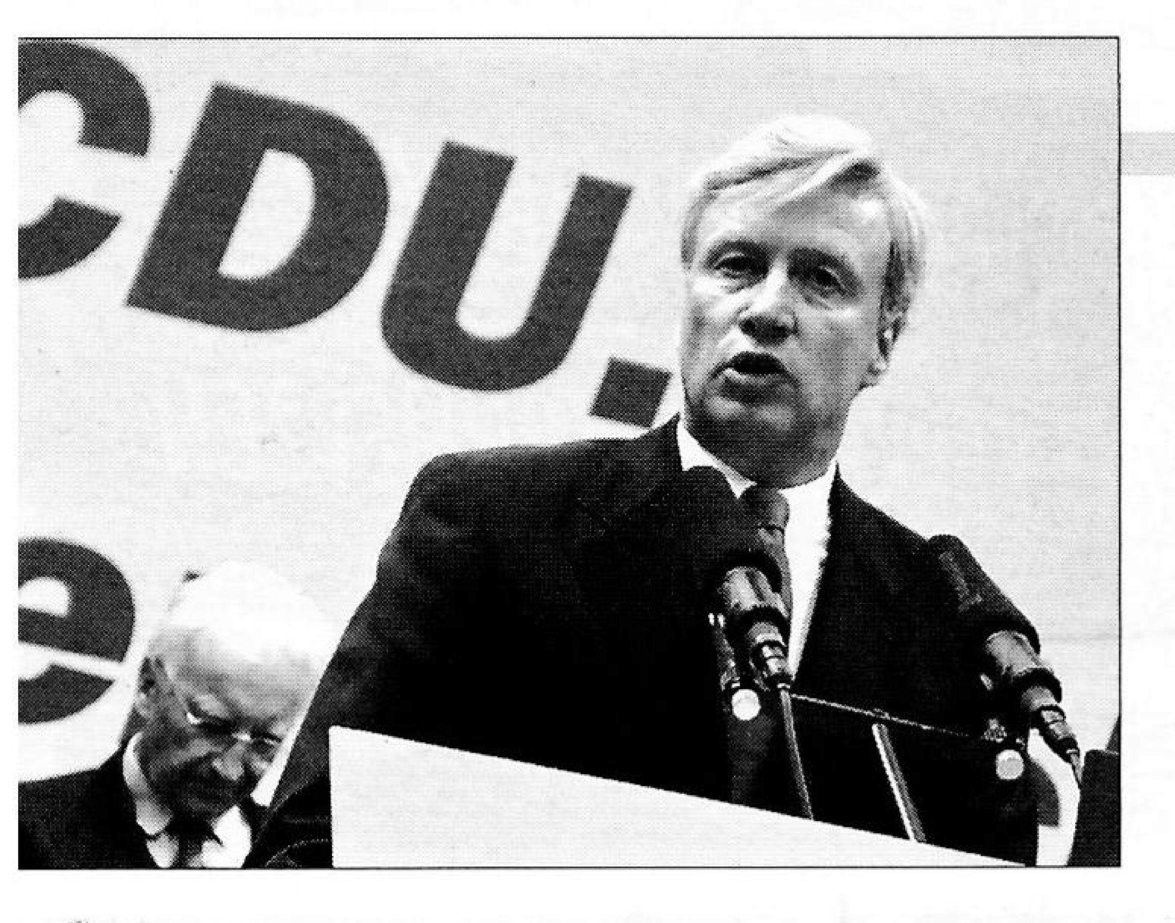
Es gab auffällig viele weibliche Helferinnen in Wunsiedel, sie wuselten im Hintergrund herum, durften Fahnen tragen und Zettelchen verteilen. Aber bei allem weiblichen Fleiß und Ehrgeiz, Wunsiedel war für sie kein emanzipatorischer Durchbruch, denn das freie Wort durften sie auch hier nicht ergreifen.

Die Großveranstaltung startete am Samstagmorgen mit zwei Liedermachern, der eine, Manuel, sang den alten Skrewdriver-Song „Tomorrow belongs to me". Die obligate Grußbotschaft vom inzwischen verstorbenen Hess-Sohn Wolf-Rüdiger wurde von Rieger verlesen und die vielen europäischen Abordnungen schrieen ihre lautstarken Grußworte teilweise in militärischem Ton. Besonders auffallend war die starke Präsenz der italienischen „Veneto Fronte Skinheads", einer Gruppe, die vor allem Neonazi-Musikkonzerte veranstaltet.

Sehr viele der Skinheads rannten mit verklebten Tattoos herum, anscheinend eher eine Vorsichtsmaßnahme der Organisatoren. Laut des Polizeisprechers der Polizeidirektion Hof gab es 67 kurzzeitige Festnahmen, überwiegend wegen des Tragens verfassungsfeindlicher Kennzeichen und des Mitführens von gefährlichen Gegenständen.

Eine der interessanteren Demonstrationsauflagen, die die Rechten stundenlang erzürnte, hieß: „Aus dem Aufzug heraus darf nicht fotografiert werden." Die Verärgerung bei Nottelmann und Co. war so groß, dass sie versuchten, die Journalisten mit Akkreditierungszwang einzuschüchtern, aber damit kamen sie nicht durch.

Während des Gedenkmarsches griffen die anwesenden 1.000 Polizisten immer wieder fotografierende Neonazis heraus. Wenig Chance für die „Anti-Antifa", immerhin.



Land der Opfer

60. Jahrestag der Bombardierung Hamburgs

„Es waren die Deutschen, die Angst und Schrecken über Europa brachten", erinnerte Ole von Beust (Bild). Am 24. Juli diesen Jahres hatte der Hamburger Senat zu einer Gedenkveranstaltung anlässlich der alliierten Luftangriffe im Juli 1943, bei denen an die 40.000 Menschen starben, ins Rathaus geladen. „Ich will mich nicht in eine neue Erinnerungsdebatte begeben", erklärte Hamburgs Bürgermeister vor den Gästen der Stadt und redete sogleich im neuen deutschen Opferduktus weiter.

Von Stephan Lindke & Andreas Speit

Es sollten keine „Parallelen" zwischen dem, „was Deutsche taten, billigten und geschehen ließen und dem, was Deutschen widerfuhr", gezogen werden, betonte der CDU-Politiker und hob sofort hervor: „Doch das Leid der Menschen zu relativieren, nur weil sie Deutsche waren, halte ich für ebenso falsch, wie den unschuldigen Opfern des Feuersturms entgegen zu halten, sie hätten selbst Schuld an der Zerstörung". Die individuelle Verantwortung an dem kollektiven Verbrechen des Nationalsozialismus redete von Beust so weg. Der Entschuldung des einzelnen „Deutschen" widersprach er auch nicht, als er ausführte: „Die Frage der deutschen Schuld ist beantwortet", denn „Schuld ist nicht eine Frage des Volkes, Schuld ist nie kollektiv, Schuld ist immer individuell".

Und so konnte der geneigte Zuhörer im Großen Festsaal sich selbst weiter von der Vergangenheit entlasten. Versteht der gemeine Deutsche sich doch selten als individueller Täter der nationalsozialistischen Verbrechen, sondern mehr als kollektives Opfer des politischen Weltgeschehens.

Ganz bewusst bemühte sich der Erste Bürgermeister bei der offiziellen Gedenkveranstaltung des Hamburger Senats von CDU, „Schill-Partei" und FPD um ausgewogene Erinnerung. Doch der Senat musste auch zu dem Feuersturm keinen Erinnerungssturm für sein Geschichtsverständnis entfachen. Den Angriff auf ein liberales Geschichtsverständnis führten beinahe alle Hamburger Printmedien durch, indem sie lange Artikel über die „Hamburger Opfer" und weniger über die „deutschen Taten" veröffentlichten. Schon immer war der Jahrestag für die Presse, allen voran aus dem Hause Axel Springers, Anlass um über die deutschen Opfer zu berichten - anläßlich des 60. Jahrestages veröffentlichten sie jedoch gleich mehrere Artikelserien, in denen vor allem Zeitzeugen über die alliierten Luftangriffe unter dem Codenamen „Gomorrha" berichten durften. Immer noch erschüttert von den Erlebnissen erzählten Überlebende, wie sie im Luftschutzkeller die Bomben einschlagen hörten, wie Menschen sich aneinander klammerten, wenn die Wände zitterten oder sie durch die brennenden Häuserfluchten rannten, um trotz Funkenregen und Orkanwinden Rettung in einer der Fleeten zu finden.

Eine kritische Reflektion der individuellen Erinnerung, der oftmals eine reale, legitime, aber völlig unreflektierte Trauer zugrunde liegt, wird nicht forciert. Stattdessen wird in der öffentlichen Erinnerung das Bild einer kollektiv unschuldigen Opfergesellschaft weiter manifestiert.

In der die Erinnerung, dass an die 10.000 Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge des KZ Neuengamme bei den Angriffen, der Bergung von Leichen und Beseitigung von Trümmern starben, keinen Eingang findet und finden darf. Diese Opfer des Nationalsozialismus, die knapp ein Drittel der Toten der Luftangriffe ausmachten und von deren Zwangsarbeit die Stadt Hamburg und seine Einwohner sehr gut profitiert haben, muss man vergessen, um die Tätergesellschaft als Opfergemeinschaft zu erinnern. Ihre Erwähnung müsste indes die kollektive Opferperspektive des Luftangriffs verschieben.

Impliziert von Beusts Terminus „unschuldige Opfer" schon, dass die Tat des Mittragens des Systems und Mitgewinnens an der Barbarei ignoriert wird, so konkretisiert Holger Dohmen das offizielle Geschichtsverständnis ganz im Jargon der neu-deutschen Erinnerung im „Hamburger Abendblatt": „Geschichte braucht [...] etwas länger für die Gerechtigkeit. Das gilt gerade für die deutsche Geschichte, die sich im Bösen von zwölf Jahren Nationalsozialismus zu erschöpfen schien. Die Verbrechen des Holocaust haben [...] die Diskussion bestimmt. Deutschland war ein Land der Täter". Für jene Leser, die nicht zwischen den Zeilen lesen wollten, schrieb er gleich deutlicher: „Seit zwei Jahren wird dieses Geschichtsbild spät, aber nicht zu spät ergänzt. Denn Deutschland war auch ein Land der Opfer".

Eine blanke Verklärung der Erinnerungspolitik und -kultur der Bundesrepublik. Nicht nur das Dohmen ausblendet, dass nach 1945 die Täter geschützt und „entschädigt" wurden, er verschweigt auch, dass die Opfer jahrzehntelang weiter ausgegrenzt und nicht entschädigt wurden. Erst die 1968-Bewegung löste das feingesponnene Netz der sich als Opfergemeinschaft verstehenden deutschen Gesellschaft ein wenig auf. Wie sehr, offenbaren die heutigen Bestrebungen endlich ein „normales Volk" (Martin Walser) sein zu wollen. Aber, so verkündet Dohmen beruhigt: „Historiker haben heute den Mut, über die Gräuel" zu schreiben. Mit einem „neuen Revanchismus" hätte das „gar nichts zu tun".

Allein der in Hamburg groß gewordene Schriftsteller Ralph Giordano, der zeitweilig in Kellerräumen versteckt als „Jude" überlebte, betonte bei einer weiteren offiziellen Veranstaltung an der Sankt Nikolai Kirche, dass die Verantwortung bei den Tätern liegt, „die den Wind gesät und nun den Sturm geerntet hatten". Für ihn waren „die da oben" nie etwas anderes als Befreier gewesen.

Filbinger sagt Ehrenempfang ab

Der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg und NS-Marinestabsrichter, Hans Karl Filbinger (CDU) hat den von CDU und Stadt Freiburg gemeinsam ausgerichteten Empfang zu seinem 90. Geburtstag wegen „unqualifizierte[r] politische[r] Angriffe" abgesagt. Der Empfang war auf deutliche öffentliche Kritik gestoßen. Die katholische Kirche und die CDU wollen hingegen an der Ehrung festhalten. Am 15. September werde ein „Dankgottesdienst" stattfinden, die CDU will durch eine „angemessene" Ehrung die „unwürdige Behandlung" Filbingers wieder gut machen. Auch die Landesregierung wird einen Empfang zu Filbingers 90. ausrichten.

Zerstrittene Kameraden



Getrennte Aktionen zum Bomben-Gedenken

Die Parolen wie „Hamburg, Dresden, Bagdad" waren dieselben. Nicht jedoch die Neonazis, die in der Hansestadt an der Elbe aufmarschierten. Zum Gedenken an den alliierten „Bombenholocaust" von 1943 hatten die NPD und das „Aktionsbüro Norddeutschland" (AN) bzw. das „Freie Infotelefon Norddeutschland" (FIT) zu unterschiedlichen Aktionen aufgerufen.

Von Stephan Lindke & Andreas Speit

Eigentlich hatte der Naziführer Christian Worch zuerst eine Mahnwache anläßlich des 60. Jahrestags der alliierten Luftangriffe auf Hamburg für den 28. Juli diesen Jahres angemeldet. Dies hielt aber den NPD-Landeschef Ulrich Harder und den Naziführer Thomas Wulff nicht ab, einen Aufmarsch für den 19. desselben Monats anzukündigen.

Unter dem Motto „Operation Gomorrha - Feuersturm über Hamburg" hatten die NPD und das AN für ihren Marsch geworben. Über 150 Neonazis marschierten dann auch vom Berliner Tor nach Mundsburg. Geschützt von über 1.300 Polizisten konnten die Redner auftreten: Harder betonte: „Wer immer sagt, die Deutschen hätten den Krieg angefangen, weiß nichts von Kriegsverbrechen", Wulff führte aus, dass „Deutschland der Zweite Weltkrieg aufgezwungen" wurde, und NPD-Bundeschef Udo Voigt mahnte: „Wenn die Linken jetzt ‚Nie wieder Deutschland' grölen, dann sorgen sie dafür, dass die Amerikaner den Zweiten Weltkrieg endgültig gewinnen".

Eine Woche später kamen zu der Mahnwache vor dem U-Bahnhof Mundsburg noch weniger Kameraden. Mit dem Motto „Hamburg war stark, stärker als seine Feinde!" hatten zwar das FIT und der „Holsteinische Widerstand" zu der Kundgebung aufgerufen, aber nur an die 50 Neonazis folgten. Als einziger Redner beklagte Worch den „verbrecherischen Angriff". Trotz des erneuten massiven Polizeiaufgebots störten über 500 GegendemonstrantInnen die Mahnwache. Nach knapp einer Stunde beendete die Einsatzleitung die Kundgebung. Selbst der mitgebrachte Kranz für das Mahnmal zu der Bombardierung des Stadtteils musste wieder mitgenommen werden.

Seit Monaten streiten Wulff und Worch um die rechte Strategie: Wulff möchte die lokale Basis durch eine Demo- und Aktionskultur weiter ausbauen und die Bündnisse mit der NPD festigen. Worch hingegen will durch Demonstrationen vor allem die mediale Resonanz erhöhen und lehnt ein enges Zusammengehen mit der NPD ab.

Öffentliche Stellungnahmen zu den Aktionen folgten bisher nicht. Offensichtlich scheint der Disput sich mittlerweile aber bei den Aktionen widerzuspiegeln.

Aufmärsche gegen die „Wehrmachtsausstellung"

Von Jan Bach



Aufmarsch in Wolgast am 26.07.2003

Am historischen Ort der „Heeresversuchsanstalt" Peenemünde marschierten am 2. August diesen Jahres Neofaschisten gegen „Reemtsmas Schandausstellung" auf. Die örtlichen Kameradschaften hatten am Sonnabend zuvor in Wolgast unter der Anmeldung von Michael Vedder mit Trommeln und T-Shirts (Aufdruck: „Opa war in Ordnung") 450 Neo- und Altnazis auf die Beine gebracht.

Christian Worch hoffte vermutlich, diese Zahl in Peenemünde übertreffen zu können, da Ostvorpommern über ein bekannt gutes Netz von neofaschistischen Organisationen, Kameradschaften, alten Kämpfern und jungen Kameraden verfügt. Doch kaum 150 Neofaschisten erschienen zu dem von Lars Jacobs angemeldeten Umzug.

Die Siegesmeldungen nach dem Wolgaster Aufmarsch hatten den Landkreis auf den Plan gerufen: Er hatte zahlreiche Auflagen erteilt, von denen die Anmelder einige erfolgreich angefochten hatten. Kurz vor dem Aufmarsch mussten Ordner ausgetauscht werden, Trommeln durften keinen Marschtakt schlagen, Springerstiefel wurden nicht geduldet – einige Neofaschisten absolvierten die Strecke daraufhin trotzig in weißen Socken. Neofaschistische Tattoos mussten mit Klebestreifen abgedeckt werden.

Bei der Zwischenkundgebung versuchte sich ein Neonazi aus NRW als Goebbels-Imitator. Worch hatte auch einen „Kameraden" aus der „Erlebnisgeneration" mitgebracht, ein ehemaliges Mitglied der „Waffen-SS", das mit zittriger Stimme Landseranekdoten erzählte. Der sächsische Sänger Jörg Hähnel verspätete sich und musste seine Texte noch zur Prüfung vorlegen. Daraufhin reisten erste Neonazis genervt ab. Zum wahren Exodus kam es aber, als Hähnel zu singen anfing.

Mitglieder des Bündnisses „Erinnern statt Verdrängen" hatten auf 4 großen Transparenten Kästners „Marschliedchen" an der Aufmarschroute aufgehängt : „Wie ihr's euch träumt, wird Deutschland nicht erwachen./Denn ihr seid dumm und seid nicht auserwählt." An den Zufahrtsstraßen war auf über 200 Plakaten zu lesen: „Usedom sagt JA zur Wehrmachtsausstellung".

Faschistische Schwingungen

Über 3.500 Neonazis beim „Deutsche Stimme"-Pressefest

In sengender Hitze fand am 9. August das diesjährige Pressefest der „Deutschen Stimme" (DS) im westsächsischen Meerane statt.

Von Christian Magte

Dort konnte die NPD das am Ortsrand gelegene Hotel Schwanefeld nutzen. Während die Polizei mit nur geringen Kräften vor Ort war und die Faschisten zeitweise die Verkehrslenkung an der Zufahrt zum Hotel übernahmen, bildeten sich bereits früh im Eingangsbereich Schlangen. Vor allem aus Sachsen, Brandenburg, Thüringen, Niedersachsen und Bayern, aber auch aus Berlin, Nordrhein-Westfalen und Hamburg sowie vereinzelt aus dem europäischen Ausland kamen die BesucherInnen, darunter etwa 15% Frauen.



Während im ‚Saal Sachsen-Thüringen' des Hotels Buchlesungen und eine Diskussionsrunde stattfanden, drängten sich im ‚Saal Dresden' die Info- und Verkaufsstände neofaschistischer Gruppen (u. a. „Freier Mädelbund", „Triskele", „Gemeinschaft deutscher Frauen", HNG, UN, JLO, „Fränkische Aktionsfront", „Pommersche Aktionsfront", „Bund freie Jugend"). In der glühenden Hitze direkt davor saßen VertreterInnen der „Deutschen Partei", des „Nationalen Bündnis Dresden" und von „München direkt" sowie für das NSAW vom „Skinhead-Club Friedrichsroda".

DS-Verlagsleiter Holger Apfel begrüßte neben NPD-Chef Voigt auch dessen Vorgänger Deckert und den BNP-Gründer John Tyndall sowie den Auslandsbeauftragten David Dukes. Den meisten Beifall erhielt jedoch Nazi-Sänger Frank Rennicke.

Während die Mehrheit des Publikums (die meisten bis 35 Jahre alt) den Ausführungen Baldur Springmanns über ‚Schwingungen' nicht besonders interessiert folgte und Voigt die Anwesenden auf die bevorstehenden Aufgaben einschwor, warteten etliche Jungnazis in ihren kilometerweit abgeparkten Autos auf die Musik von „Sturm und Drang", „Nordfront" und „Saga". Für die von der Stadt bereitgestellten Parkflächen musste die NPD knapp 12.500 Euro Kaution zahlen, die durch einen Extra-Beitrag von 3 Euro je Besucher zum wesentlichen Teil wieder hereingeholt wurde.

Für die anwesenden Faschisten war der Auftritt Rennickes der erste Höhepunkt der Veranstaltung, der durch mehrere Zugaben verlängert wurde. Bei den folgenden Auftritten von „Sturm und Drang", „Nordfront" und „Saga" tobte der – zum Teil betrunkene – Mob. Aus einer Gruppe von Glatzen wurde schließlich ein Kameramann eines Hamburger Senders angegriffen, der mit Polizeibegleitung offiziell auf dem Gelände filmte. Der Mann musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun wegen schwerer Körperverletzung.

Das DS-Pressefest fand völlig ungestört statt, Nazis bestimmten das Bild weit um das Hotel herum; gegenüber dem Konzept der Kameradschaften und der ‚leaderless resistance' zeigte sich u.a. bei dieser Veranstaltung der Vorteil eines Organisationskonzeptes, das mit freigestellten Kadern, institutionalisierten internationalen Kontakten

Neonazis besetzen Haus

Von Gerd von Od (Enough is enough!)

Am Morgen des 28. Juni 2003 besetzten im Lübecker Stadtteil St. Lorenz 14 vermummte Personen eine leerstehende Villa. Um 9.00 Uhr früh drangen sie durch ein Kellerfenster in das Haus ein, entrollten Transparente und postierten sich mit Kamera an Fenstern und auf dem Balkon des Hauses. Auf einem Transparent war das Ché Guevara-Zitat „Schafft zwei, drei, viele Alternativen..." zu lesen, das andere Transparent verwies auf eine bis dahin unbekannte Internetseite („alternativen-schaffen"). Als gegenüber dem besetzten Haus Transparente aufgehängt wurden, auf denen ein „nationales Jugendzentrum" gefordert wurde und sich stadtbekannte Neonazis (u.a. Jürgen Gerg und Arne Kassube, ehemalige Kandidaten des verbotenen „Bündnis Nationaler Sozialisten" (BNS) unter die Zuschauermenge gemischt hatten, war deutlich, dass es sich hier um eine Aktion von Neonazis handelte. Als der Forderung nicht entsprochen wurde, Delegierte der Stadt zu sprechen und mit ihnen über die Einrichtung eines „nationalen Jugendzentrums" zu verhandeln, verließen die 18-30jährigen Männer um 12.30 Uhr unvermummt das Haus, ließen sich von der Polizei durchsuchen und in Gewahrsam nehmen. Unter den Abtransportierten befanden sich die Neumünsteraner Martin Engelbrecht und Peter Borchert (Landesvorsitzender der NPD Schleswig-Holstein) sowie die Kieler Peter von der Born und Dirk Zollondz. Im Haus fand die Polizei faustgroße Pflastersteine. In mehreren Briefen an die Stadtverwaltung forderte der ehemalige BNS-Spitzenkandidat Jörn Lemke, ein Gebäude für die „nationale Jugendkultur in unserer Hansestadt", für das „ein Nutzungskonzept (...) bereits ausgearbeitet worden" sei. In den folgenden Wochen unterstrichen die Faschisten ihre Forderung mit weiteren Aktionen (Transparente, Flugblattverteilung, Unterschriftensammlung), wobei sie Verstärkung durch Thomas Wulff und Neonazis aus Stormarn und Lauenburg erhielten. Gegen antifaschistische Proteste ging die Polizei vor, indem sie Antifas auf brutale Weise festnahm und verletzte.



Mit ihren Aktionen versuchen die Faschisten, sich an die seit einiger Zeit laufende Kampagne zum Erhalt des linken Zentrums „alternative" („Walli") anzuhängen, deren Erhalt sie heuchlerisch fordern, und in deren Windschatten sie ein „nationales, selbstorganisiertes Kulturprojekt" vorantreiben wollen.

und zentralisierter Propaganda eine wachsenden Vielfalt an Veranstaltungsangeboten (Demonstrationen, Schulungsveranstaltungen, Kameradschaftsabende) bereitstellt. Damit können Worch, Wulff und Hupka derzeit nicht mithalten.



Was macht eigentlich...? Karl-Heinz Hoffmann

Der 1937 geborene Grafiker aus Nürnberg gründete 1973 die rechtsextreme „Wehrsportgruppe Hoffmann".

Von Andrea Röpke & Berny Vogl

Die mit annähernd 500 Anhängern größte paramilitärische Truppe in der Bundesrepublik wurde 1980 vom Bundesinnenministerium verboten. Hoffmann verschwand daraufhin in den Libanon und bildete in terroristischen Camps deutsche Söldner für den bewaffneten Kampf aus. Deutsche Staatsanwälte warfen dem verurteilten Waffenhändler später vor, Sprengstoff gehortet zu haben, Anschläge auf UN-Gebäude und die Befreiung des damals inhaftierten Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess geplant zu haben.

Am 26. September 1980 zündete der rechte Student Gundolf Köhler auf dem Münchner Oktoberfest eine Bombe, 13 Menschen, darunter einige Kinder, starben. Die Spur führte die Ermittler zu Hoffmann, Köhler hatte mindestens zweimal an militärischen Übungen in den fränkischen Wäldern teilgenommen. Die Tat konnte nie zweifelsfrei aufgeklärt werden. Der beim Attentat selbst getötete Köhler wurde gerichtlich als Einzeltäter hingestellt.

Als kurze Zeit darauf, am 19. Dezember 1980, der jüdische Verleger und ehemalige Vorsitzende der israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg Shlomo Levin und seine Lebensgefährtin Frieda Poeschke in ihrer Erlanger Wohnung erschossen wurden, fand man die Brille von Hoffmanns späterer Ehefrau Franziska am Tatort. Der mutmaßliche Täter war wohl der engste Gefolgsmann des Wehrsportführers. Die Tatwaffe gehörte Hoffmann persönlich, ein Mordauftrag jedoch konnte ihm nicht nachgewiesen werden.

Im Januar 1984 verurteilte das Landgericht Nürnberg-Fürth den „Chef" zu neun Jahren und sechs Monaten Haft, allerdings nur wegen Freiheitsberaubung und Verstößen gegen das Waffengesetz. Dann verliert sich Hoffmanns Spur für die Öffentlichkeit.

1989, nach nur fünf Jahren wird Hoffmann wegen „günstiger Sozialprognose" aus der Haft entlassen. In der Haft schrieb er einen autobiografischen Roman und verfasste Gedichte wie dieses: „Die uns den Prozess gemacht, gehören selbst aufgrund der Taten, in den tiefsten Höllenschacht, um auf ewig dort zu braten". Sein Buch ließ Hoffmann im rechtsextremen „Schütz-Verlag" vertreiben, es war auch über „Nation Europa" oder den „Stahlhelm"-Aktivisten Klaus Kempf aus Schwabach zu beziehen.

Der zweite Aufstieg des Karl-Heinz Hoffmann begann. Seine Ehefrau Franziska hatte bereits während seiner Haftzeit den Grundstein für ein Firmenimperium gelegt, das später aus bis zu 19 Unternehmungen bestand und deren Namen fast alle mit „Themis" begannen.

Die zweite Karriere des Karl-Heinz Hoffmann belegt, dass der „Chef" niemals nur der von der Gesellschaft isolierte Wehrsportgründer war. Anders als in der Medienberichterstattung der 1970er Jahren behauptet, war er kein Outlaw. Hoffmann verkehrte nach Zeugenaussagen in Nürnberg ebenso mit angesehenen Geschäftsleuten und Anwälten wie auch mit rechten Szenegrößen. So mit dem DVU-Chef Gerhard Frey, der ihm 8.000 DM für Gerichtskosten bezahlte, NPD-Vertretern und rechten Aktivisten wie Klaus Huscher oder Erwin Schönborn. Hoffmann und seine Frau gründeten Anfang der 1990er Jahre Bau- und Sanierungsfirmen. Die ersten Aufträge kamen von angesehenen Nürnberger Unternehmerfamilien. Eine Bauunternehmerin steckte nach Angaben der Handelsregisterakte sogar 25.000 DM in eine der neuen Firmen.

Als die DDR-Grenzen fallen, geht Hoffmann nach Kahla, ein Städtchen im thüringischen Saaletal. Dort ist er aufgewachsen. In seinem Elternhaus am Karl-Liebknecht-Platz richtet er Büros ein und kommt zu Geld. Seine Frau erwirbt drei heruntergekommene Häuser aus Kommunalbesitz. Zehn weitere sanierungsbedürftige Häuser in der Kahlaer Innenstadt folgen. Hoffmann beschäftigt zeitweilig an die 20 Angestellte und Arbeiter, die Lohnkosten belaufen sich, nach seinen Angaben, auf 100.000 DM im Monat. Der „Chef" zahlt meistens bar. Bürgermeister und Einwohner wundern sich. Aber Hoffmann bringt bayerische Investoren in die Stadt - darunter zwei Brüder aus Nürnberg, der eine war sogar persönlicher Vertrauter von Franz-Josef Strauß und sitzt heute in der „Hanns-Seidel-Stiftung". Vier Gaststätten und unzählige Geschäfte sollen unter Hoffmanns Regie in Kahla eröffnet werden, darunter eine Tabledance-Bar. In seiner Gaststätte „Gerberstube" hält Hoffmann Hof und Vorträge. Als ein ortsansässiger Uhrmacher zu viele Fragen stellt, bekommt er Hausverbot. Der Choleriker Hoffmann prügelt sich mit einem russischen Arbeiter auf dem Marktplatz. Es kommt zur Auseinandersetzung mit einem Subunternehmer, der mit einer Armbrust in Hoffmanns Büro gestürmt sein soll. „Der Alte zog daraufhin seine Pistole aus der Schublade", erzählen ehemalige Angestellte. Die Menschen in Kahla bekommen Angst, der ehemalige Rechtsextreme ist ihnen unheimlich. Gerüchte machen die Runde. Es ist die Rede von internationalen Waffenlieferungen, von einem Panzer nahe der Leuchtenburg und natürlich von Wehrsport.

Rechtsextreme Aktivitäten können dem über 60jährigen Hoffmann nicht nachgewiesen werden, obwohl zeitweilig Beamte eines Landeskriminalamtes gegen ihn ermitteln. Aber immer wieder soll Hoffmann intensive geschäftliche Kontakte zu Rechten pflegen, zum Beispiel zum ehemaligen NPD-Aktivisten Bernd Grett in Plauen, zum verurteilten Anton Pfahler in Ingolstadt und auch zum „Republikaner"-Chef Wilhelm Tell in Jena. Geheimnisvoll jedoch sind seine Kontakte zu ehemaligen militanten, teilweise vorbestraften Rechtsextremen, die sich heute, wie Hoffmann, in der Bau- und Sanierungsbranche breit gemacht haben. Aus diesem Netzwerk heraus werden reihenweise Mietshäuser, ein Schloss, eine Bildungseinrichtung, Altersheime und sogar Militärgerät gekauft.



Rechtsrock mit Tradition

Die Bremer Naziband-Szene

Zwar ist es zur Zeit nicht besonders laut um die Bremer Rechtsrock-Szene, doch davon sollte man sich nicht täuschen lassen, denn sie verfügt über weit verzweigte Strukturen, verschiedene auch bundesweit bekannte Bands, Vertriebe und Labels und kann auf eine lange (und leider relativ ungestörte) Geschichte zurückblicken.

Von Moritz Kramer & Lena Friedrichs

Die Bands

„Aussetzer", „Boots Brothers", „Adrenalin", „Endstufe", „Froidenspender", „Grenadier", „Mad Martens", „Nahkampf", „Panzerdivision", „Patriotic Bois", „Sturmbrigade", „Schlachtruf", „Endlöser", „Kategorie C", „Rufmord", „Volksgemurmel" – eine Menge Namen, doch viele davon sind Kooperationen oder Umbenennungen von aufeinanderfolgenden Projekten derselben Personen. Nur auf einige soll im Folgenden eingegangen werden. Das Urgestein unter den Bremer Nazibands ist „Endstufe" (1981), auch bundesweit eine der bekannteren Nazibands. In der langen Zeit sind personelle Fluktuation und Veränderung logisch, doch der Skinheadkult, große Nähe und teilweise Überschneidungen zur alten Hammerskin-Szene sowie Jens Brandt als Sänger sind feste Konstanten der Band.

Als eine der dienstältesten Bands im Neonazispektrum hat „Endstufe" Kultstatus. So hatte die Band ihren festen Platz innerhalb der sich schon Anfang der 80er Jahre bildenden Nazi-Skinszene. Nach Eigenangaben wurden von den 20 Veröffentlichungen über 100.000 Exemplare verkauft, die Tonträger „Der Clou" (1987) und „Skinhead Rock'n Roll" (1990) wurden am 28.11.1992 und am 6.7.1992 indiziert.

International wurden sie zum Beispiel 1998 mit einem gemeinsamen Auftritt mit der spanischen Band „Torquemada 14/88" auf Mallorca oder mit der CD „Commando", die sie gemeinsam mit Musikern von „Fortress" (Australien) und „Bound for Glory" (USA) einspielten. Seit Anfang 2001 waren sie im Internet mit einer professionell aufgemachten und umfassenden Seite vertreten, die allerdings seit einiger Zeit nicht mehr erreichbar ist.

„Endlöser"

Schon 1992 unter dem Namen „Endlöser" gegründet, bis 2002 aber unter dem Namen „Schlachtruf" firmierende Band. In der Schlachtruf-Zeit wurden vier Tonträger veröffentlicht, die CD „Kampf ums Überleben" wurde am 16.4.98 mit einem Einziehungsbeschluss bedacht. Als Nachfolger von „Schlachtruf" debütierte „Endlöser" 2002 mit der CD „Für Deutschland".

Wie schon bei „Endstufe" besteht auch bei dieser Band große Nähe zum Netzwerk der Hammerskins, was sich unter anderem darin ausdrückt, dass bei Konzerten vor Transparenten mit Hammerskinsymbol aufgetreten wird. Der Bassist und Sänger Andreas Lohei lernte das Musizieren in einem Projekt akzeptierender Sozialarbeit. „So ungefähr im Jahr 1993 wurde die Band von Andreas ins Leben gerufen. Damals wurde Andreas zu einem sechs Monate langen Übungs- und Erfahrungskurs verknackt. Das war ein Kurs mit Betreuern und Sozialarbeitern. Einer der Sozis war Musiker, [...] wer Lust hatte, konnte Musik machen. [...] Erst probte man noch nicht regelmäßig und mit dem Namen ‚Endlöser' gab es Probleme. Wir überlegten uns dann einen neuen Namen [...] So haben wir uns schließlich für den Namen ‚Schlachtruf' aus Bremen entschieden [...]" (Rock Nord 9-10/98). Wie auch im Fall von „Froidenspender", einer „patriotischen Frauencombo" aus Delmenhorst bei Bremen, war es hier die Blindheit der Sozialarbeiter, welche die Entstehung der Bands förderten. Drehten sich schon die Texte von „Schlachtruf" um Heldenmythen der Wikinger oder Rudolf Hess, wird sich mittlerweile - allerdings in bis auf Andreas Lohei komplett neuer Besetzung - wieder zum ursprünglichen Namen bekannt: „Endlöser ist unser Name, und der Name ist Programm. Unsern Worten folgen Taten, aller Feinde Untergang..." (Für Deutschland, 2002)

„Kategorie C" - „Böhse Onkelz" II?

„Kategorie C", im Polizeijargon die gewaltbereiten Hooligans, ist eine Band, die sich 1997 in Bremen gegründet hat. Die Mitglieder von KC kommen aus dem rechten Hoolspektrum. Insofern kollidiert ihr Versuch, sich als unpolitisch darzustellen mit der Realität. KC wird zwar in Interviews nicht müde zu betonen, dass für sie gilt: „Fußball ist Fußball - Politik ist Politik". Doch einzelne Mitglieder der Band begnügen sich nicht mit der Verbreitung ihrer Musik. Der Sänger der Gruppe, Hannes Ostendorf, war am 6. Dezember 2002 an Übergriffen auf TeilnehmerInnen einer linken Demonstration in Bremen beteiligt. Zwei Wochen später outeten Antifas Hannes Ostendorf in seinem Wohnumfeld und informierten über seine Aktivitäten. Hannes Ostendorf ist außerdem Betreiber der Internetpräsenz „kc-die-band" und hat die Wort/Bildmarke „Kategorie C - KC Die Band" auf sich angemeldet.

Mit Presseerklärungen sind in der Vergangenheit zahlreiche Konzerte von KC „verhindert" worden, die Band muß zum Teil auf Mobilisierungsverfahren der illegalen Rechtsrockszene zurückgreifen und ihre Konzerte verdeckt und geheim organisieren. Die Texte von KC handeln unter anderem von germanischer Mythologie aber auch von „[...] Sex, Gewalt und Guter Laune; Fußball, Bier und Rock'n Roll [...]" Auf ihren Konzerten treffen sich unpolitische Jugendliche aus dem Fußballumfeld, Hooligans und organisierte Neonazis. Es rücken auch organisierte Rockerclubs wie „Bandidos", „Gremium" oder „Blazes" in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, weil sie KC Räume vermieten und/oder für die Security verantwortlich waren. In den letzten Jahren spielte KC auf diversen Konzerten in ganz Deutschland mit unterschiedlichsten Bands aus dem Rechtsrockspektrum zusammen: Am 26. Mai 2001 traten sie auf einem Solidaritätskonzert für Kameraden in Chemnitz mit „Archivum" (ungarische Naziband), „Blitzkrieg" (Chemnitz) und „Solution" (Leipzig) auf. Der tschechischen Band „Judenmord" wurde die Einreise nach Deutschland verwehrt. Die Einnahmen des Konzerts gingen an die Neonaziband „Landser" aus Berlin, gegen die ein Strafverfahren läuft.

Am 12. Januar 2002 spielte die „unpolitische" Hoolband mit den „Pfälzer Buben", einem Projekt des Mannhei-

mer Neonazi-Fanzine „Feldzug“ und den Berlinern „Ascaris“ zusammen in einem Gasthof im rheinland-pfälzischen Dreisen, am 31. März 2002 spielte KC für die bekannte Dortmunder Schläger- und Neonazigruppe „Borussenfront“ zu deren 20-jährigen Bestehen. In Bremen/Bremerhaven trat KC 2001 bis 2002 dreimal auf, einmal mit der bereits erwähnten Band „Ascaris“ aus Berlin.

KC hat auch keine Probleme mit anderen rechten Bands auf Samplern zu erscheinen. Auf der indizierten CD „Die Deutschen kommen II“ steuerten neben KC auch Rechtsrockbands wie „Landser“, „Stahlgewitter“ und „Nahkampf“ Songs bei.

„Endstufe“ und KC haben im Jahr 2001 unter dem Pseudonym „Adrenalin“ die gemeinsame CD „Boot Boys“ produziert. Auch hier zeigte KC erneut keine Berührungsängste mit rechtsradikalen Musikern und OrganisatorInnen der deutschen Rechtsrock-Szene.

„Nahkampf“

1989 gegründete Neonaziband aus Bremen, die ähnlich wie „Landser“ ein großes Geheimnis um ihre Mitglieder macht, auf Fotos wird vermummt posiert. Daher kann auch über die Mitglieder nur spekuliert werden; der Sänger von Kategorie C, Hannes Ostendorf, soll auch bei „Nahkampf“ gesungen haben. Bisher gab es fünf Veröffentlichungen. Die erste CD von „Nahkampf“ ist den ehemals inhaftierten Neonazis Christian Worch, Gottfried Küssel und Gerhard Lauck gewidmet. Zuletzt veröffentlichten sie eine Split-CD mit der russischen Neonaziband „Kolovrat“ (russisch Hakenkreuz). Die CDs „Schutt und Asche“ und „Alarm“ wurden am 31.8.1995 und am 28.4.2001 indiziert, eine entschärfte Version im Jahr 2002 unter dem Namen „Legion Condor“ veröffentlicht. Es gibt auch internationale Zusammentreffen auf Compilations wie „Unsere Welt“ mit Bands aus Russland, Tschechien, Ungarn, Griechenland, GB, Polen, Schweden oder eben die Split-CD von 2001 mit „Kolovrat“, veröffentlicht auf dem Label von Jens Pühse (NPD-Bundesvorstand), Pühse Records. Offene Bezüge zum historschen NS zeigt „Nahkampf“ zum Beispiel schon im Logo, was sich Pühse als Wort/ Bildmarke schützen ließ, in dem das A wie im verbotenen Zivilabzeichen der SA dargestellt ist.

Kooperationen

Es gibt zahlreiche Querverbindungen: „Adrenalin“ ist ein gemeinsames Projekt von Mitgliedern der Bands „Endstufe“ und „Kategorie C“, 2002 wurde die CD „Bootboys Bremen“ veröffentlicht. „Mad Martens“ ein Projekt von „Nordlicht“, „Endstufe“ und „Boots Brothers“, 1995 Veröffentlichung der CD „Das Beste am Norden“. „Panzerdivision“ ist ein Projekt von „Nahkampf“ und „Patriotic Bois“ – deren Nachfolger wiederum soll „Sturmbrigade“ sein, die seit 1998 vier CDs bei Rock-o-Rama veröffentlichte. Zwischen den meisten Bands gibt es außerdem personelle Überschneidungen.

Verbindungen

Wie schon bei „Endstufe“ und „Endlöser“ bestehen Verbindungen und personelle Überschneidungen zu der Bremer Sektion der Hammerskins. Die Bremer Sektion der Hammerskins, die sich selbst als zweitälteste Deutschlands bezeichnet, war jahrelang unter anderem für die Organisation von Rechtsrock-Konzerten in Bremen und Umland verantwortlich. Mitglieder der verschiedenen Bands sind auch in den entsprechenden Teilen der Naziszene aktiv, man sieht sie auf Aufmärschen oder beim Fußball. Verbindungen auch zu Kameradschaftsstrukturen sind weit verzweigt. Der Bremer Ex-NPD-Landesvorsitzende Wrieden wurde wegen Volksverhetzung angeklagt, nachdem er über sein Faxgerät eine Erklärung der damals gerade verbotenen „Blood & Honour“ versendet hatte.

Auch bei der Veranstaltung der Konzerte sind die Verbindungen vielfältig. Am 5. Oktober 2002 spielte „Endlöser“ in Kirchseelte. Das von Heise und Worch veranstaltete Konzert war kurzfristig dorthin verlegt worden, zur großen Freude von Robert Warnecke, dem damaligen Kameradschaftsführer der Region.

Label/Vertrieb

Das Label bzw. der Vertrieb „Evil Records“ wird aus Kreisen der Band „Endstufe“ betrieben und vor allem für den Vertrieb von Endstufeprodukten genutzt. Von 1996 bis zum Jahr 2000 war es unter dem Namen „Hanse Records“ als Label vom „Endstufe“-Leader Jens Brandt bekannt, auf dem 17 CDs deutscher Rechtsrockbands veröffentlicht und nach eigenen Angaben über 200 verschiedene CD-Titel mit



Oben: Hannes Ostendorf; Unten: Andreas Lohei (links im Bild)

rechtsorientierter Rockmusik vertrieben wurden. Vertrieben wurden zunächst über Kataloge, später vor allem über das Internet außer CDs hauptsächlich Fanartikel, T-Shirts und Aufnäher. So wie der Internetauftritt von „Endstufe“ ist auch „Evil Records“ momentan nicht erreichbar.

Auch „Kategorie C“ haben mittlerweile solch einen ihnen nahestehenden Internetauftritt vorzuweisen, über den ihr Bandmerchandising vertrieben wird. Unter dem Namen „sieg-oder-spielabbruch“, der dem Hoolkult frönen soll, werden Klamotten und Musik verbreitet.

Es kann zwar keine Rede davon sein, dass Nazimusik in der Jugend viele Anhänger hat. Doch wenn sie es hat, bleibt das, wie ein lokales Beispiel aus den Reihen der NPD zeigt, nicht ohne praktische Folgen. Janine Blaß, im Herbst 2002 für die Bremer NPD zur Bundestagswahl aufgestellt, hatte im August 2000 Steine auf eine Moschee in Bremen-Nord geworfen, was sie auch zugab; „die Laune war gut“, erzählt sie über den gemeinsamen Abend mit Rechtsrock-Musik, an dem sie mit ihren Freunden losgezogen war.

Werbung für RechtsRock-Portal

In dem Bericht „Rechts-Rock – Neonazi-Musik stachelt zum Mord auf“ in der Sendung „Report“ aus Mainz, ausgestrahlt am 11. August diesen Jahres in der ARD, wurde über einen Mord an einem Obdachlosen in Halle/Saale 2001 und die suggestive Wirkung des RechtsRock berichtet. Dabei wurden gegen Ende diverse Konzertfotos eingeblendet. Allerdings unterließen die Journalisten es, die Quelle, das Internetportal „hatecoretk“, unkenntlich zu machen. Bereits in den ersten 15 Minuten nach dem Bericht kam es so zu über 400 Zugriffen auf die Seite und am nächsten Tag war schließlich auf deren Hauptseite zu lesen: „Das HatecoreTk [...] Team möchte sich an dieser Stelle herzlich für die kostenlose Werbung bei der ARD in der Sendung ‚Report‘ (11.08.03 - 21.00 Uhr) bedanken.“

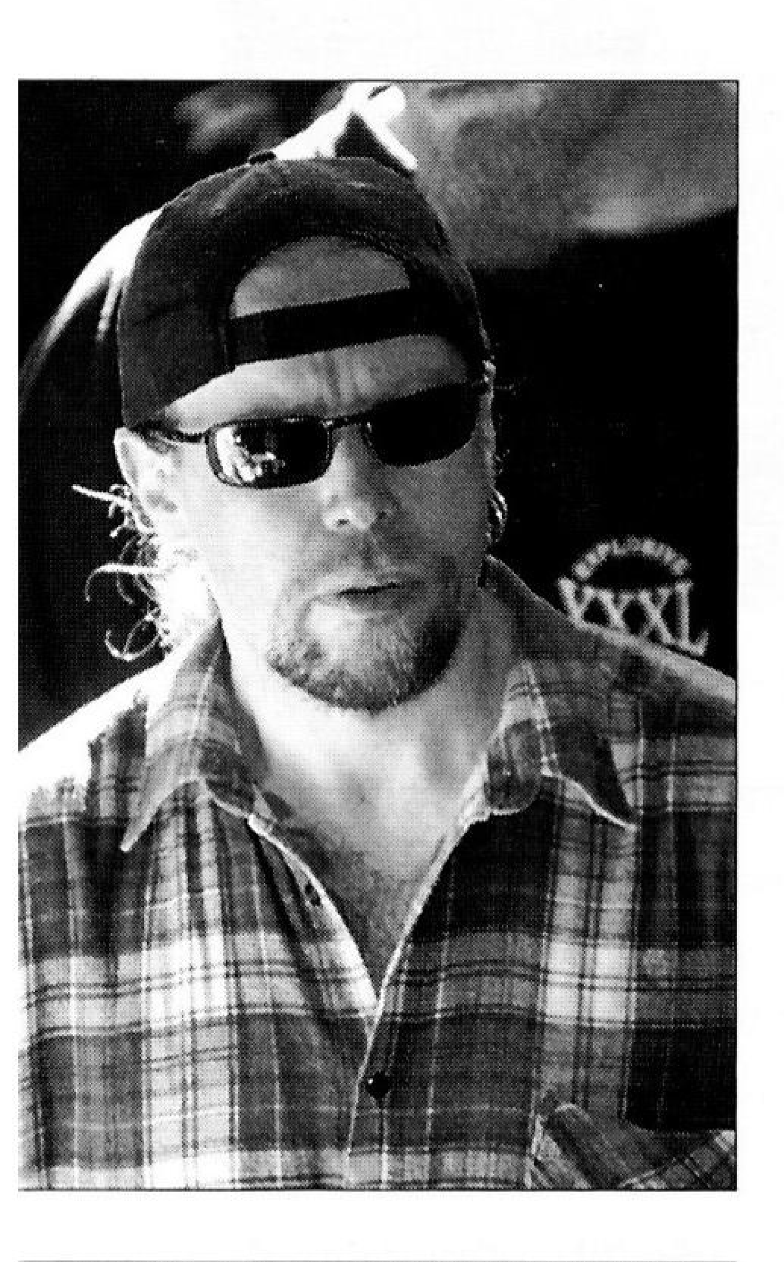
Geringe Wirkung

Der Prozess gegen die Band „Landser"

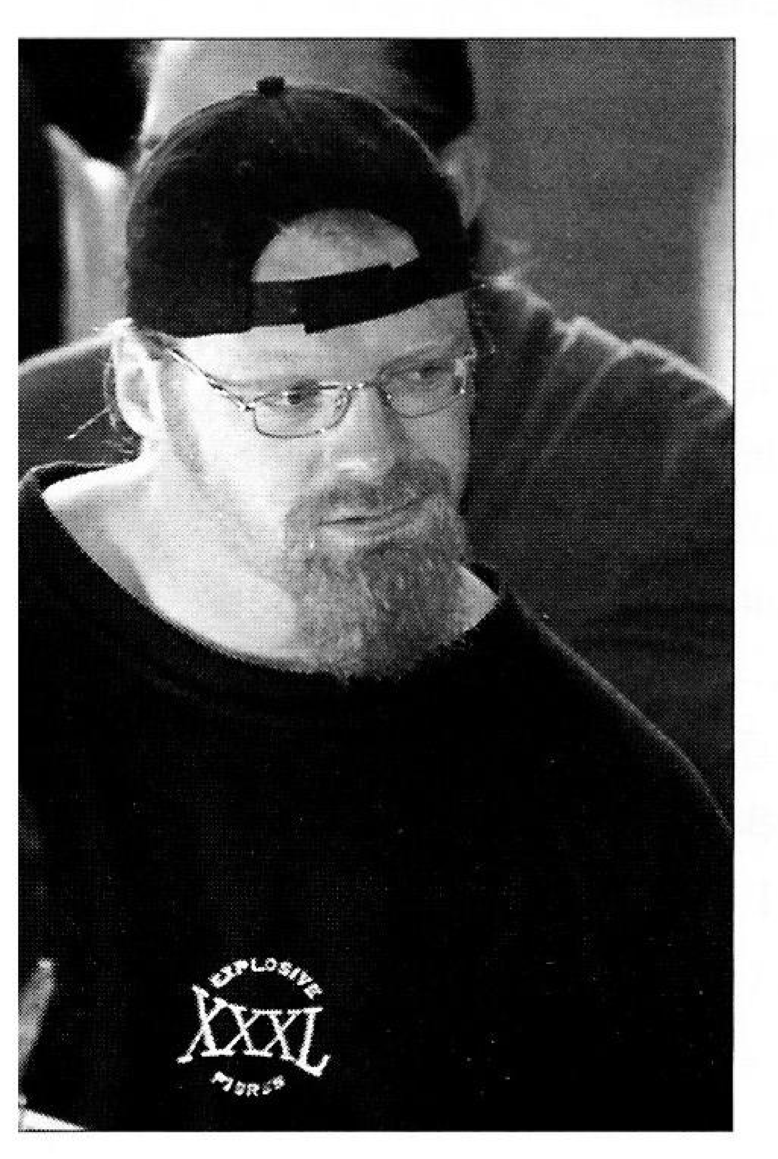
Mehrere Prozessteilnehmer auf dem Weg in den Gerichtssaal

„Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" nach Paragraf 129, Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass und zum Mord an Prominenten sowie Verherrlichung des Nationalsozialismus sind die schwerwiegendsten Vorwürfe gegen drei mutmaßliche Mitglieder der Neonaziband „Landser".

Von Lörru Marholz



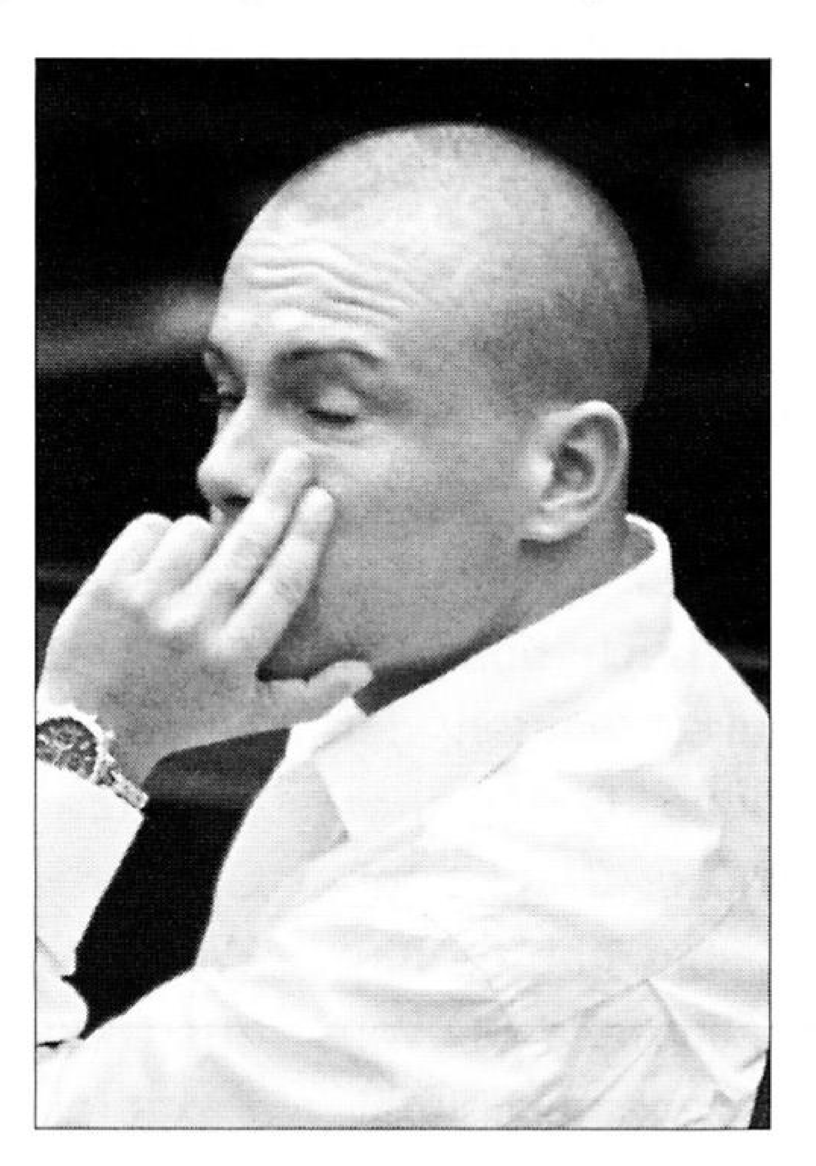




Seit Anfang Juli diesen Jahres wird beim Kammergericht Berlin gegen Michael Regener (38), den mutmaßlichen Sänger der Band, den Bassisten Andre Möricke (35) und den bei Potsdam lebenden Schlagzeuger Christian Wenndorff (27) verhandelt. Es ist das erste Mal, dass die deutsche Justiz einer Neonaziband mit dem Vorwurf „einer kriminellen Vereinigung" den Prozess macht. Im Oktober 2001 waren die drei Angeklagten nach über einjähriger Observation festgenommen worden.

Schon in den ersten Verhören nach der Festnahme belasteten sich sowohl Christian Wenndorff als auch Andre Möricke selbst und berichteten den Beamten bereitwillig aus dem Innenleben der „Terroristen mit E-Gitarre", wie „Landser" sich gerne selbst bezeichneten. In der Szene werden Möricke und vor allem Wenndorff als Verräter und Aussteiger gehandelt. Lediglich Michael Regener - unter dem Spitznamen „Luni" bekannt - schwieg. Während die Beamten in der Wohnung von Andre Möricke beispielsweise Notizhefte mit den Grifffolgen für „Landser"-Lieder und bei Wenndorff ein Foto von einem Kind in „Landser-T-Shirt" fanden, wurden sie bei Regener erst in der Wohnung seiner Mutter fündig. In einem Regal im Wohnzimmerschrank fanden die Ermittler handschriftliche Texte von größtenteils schon veröffentlichten Liedern.

Auch andere langjährige Neonaziaktivisten plauderten, als es um „Landser" ging. Beispielsweise Jens Og, ehemaliger Aktivist der „Nationalistischen Front" (NF). Gegen Og hatte die Bundesanwaltschaft in den frühen 1990er Jahren ein 129a-Ermittlungsverfahren wegen des Anfangsverdachts der Gründung einer terroristischen Vereinigung eingeleitet - und wieder eingestellt. Og sattelte um und wurde Musikproduzent; auch für „Landser". Er stieg nach eigenen Angaben allerdings nach eineinhalb produzierten CDs wieder aus, weil ihm der Umgang mit Sicherheitsmaßnahmen zu unprofessionell wurde.



Oben: Christian Wenndorf
Bilder links v.o.n.u: Michael Regener, Horst Schott, Jean-René Bauer

Torsten Heise nutzte hingegen seinen Auftritt als Zeuge vor allem, um sich vor dem Dutzend Neonazis aller Couleur auf den Zuschauerbänken zu produzieren. Zwar räumte er ein, mit „Luni" befreundet zu sein. Heise bestätigte auch, dass er Mitte der 1990er Jahre bei einem Auftritt von „Luni" im „Club Walhalla", dem schwedischen Anwesen des inzwischen verstorbenen deutsch-dänischen „Blood & Honour"-Aktivisten Marcel Schilf, anwesend war. Weitere Einzelheiten zur Produktion des Albums „Republik der Strolche" erfuhr das Gericht von Heise jedoch nicht.

Gänzlich schweigsam zeigten sich dagegen drei weitere Zeugen: Horst Schott, der erste Schlagzeuger von „Landser", der Ende der 1990er Jahre nach einem Streit innerhalb der Berliner Neonazirockergruppe „Vandalen" „Landser" verließ. Als Zeuge verweigerte Schott im Gericht jegliche Aussage und sitzt seit Ende Juli in Beugehaft. Auch Ingo Grönwald, Neonazi-CD-Großhändler mit Shops in Weimar und Halle, zog es vor zu schweigen. Er berief sich auf das Recht, die Aussage zu verweigern, weil er u. a. wegen des Vertriebs von „Ran an den Feind" und anderen „Landser"-CDs selbst Beschuldigter in einem abgetrennten Verfahren ist. Mit der gleichen Argumentation verweigerte auch Jan Werner die Aussage. Gegen ihn ermittelt die Staatsanwaltschaft Dresden im Zusammenhang mit dem Vertrieb und der Produktion von „Landser"-CDs. Für die bereits verurteilten ex-V-Männer und „Landser"-Produktionshelfer Mirko Hesse und Toni Stadler dürfte es hingegen schwieriger werden, als Zeugen im Prozess die Aussage komplett zu verweigern.

Möglich, dass die Präsenz von Jungglatzen aus dem Kameradschaftsspektrum sowie von bundesweit als Vertreter des militanten Flügels bekannten Neonazis wie Marcus Bischoff und Jean-René Bauer im Zuschauerraum einschüchternd auf die Zeugen wirkt. Jean-René Bauer gilt den Sicherheitsbehörden als der „schlagende Arm" von „Landser", zuständig für Einschüchterung von „Schwarzbrennern" und möglichen „Plaudertaschen". Ein Ermittlungsverfahren gegen ihn in diesem Zusammenhang wurde jedoch abgetrennt vom Hauptverfahren gegen Regener,

Möricke und Wenndorff. Sowohl Bauer, der im Mai 2000 bei dem Versuch, dem Brandenburger Neonazi Ralf Luckow von den „Nationalrevolutionären Zellen" (NRZ) ein halbautomatisches Gewehr zu verkaufen, mit dem Anschläge gegen Linke verübt werden sollten, festgenommen und anschließend zu einer zehnmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt wurde, als auch Marcus Bischoff, mutmaßlicher Autor des NS-Denkzettel-Aufrufs „Die Zeit ist reif für den Weissen Arischen Widerstand" und enger Freund des verurteilten Polizistenmörders Kay Diesner, werden dem Kreis um die „Vandalen" zugerechnet.

Die Wirkung des Prozesses, in dem frühestens im Oktober mit einem Urteil gerechnet wird, auf die einschlägige Neonazi-Musikszene scheint ohnehin eher gering. So wurde beispielsweise am 17. August, nachdem der Rudolf-Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel vorbei war, in nordöstlichen Berlin-Pankow zu einem Konzert geladen. Als Gäste waren „Luni" und „Spreegeschwader" mit ihrer neuen CD „Gefangen im System" angekündigt. Angeblich soll es an dem Abend jedoch nur Musik aus der Konserve gegeben haben - schon bevor die Polizei die ca. 100 Gäste gegen Mitternacht mit „Gefährdeansprachen" zur Zurückhaltung ermahnt hatte.

Lörru Marholz ist Autor des Antifaschistischen Infoblatts (AIB) aus Berlin.

Mythenpflege

Während eine Schlüsselfigur des illegalen Vertriebes als wichtiger Zeuge im Prozess gegen „Landser" vor Gericht aussagen muss, boomt das Geschäft mit „Landser"-Merchandising und -Tonträgern über verschiedene Nazivertriebe weiter.

Von Alexander Fichtner und Annelies Senf

Der sächsische Neonazi Mirko Hesse soll sich im Prozess gegen die Band „Landser" vorm Berliner Kammergericht zum Vertrieb der Landser-CDs äußern. Unter anderem wegen seiner Beteiligung an Produktion und Vertrieb der „Rechtsrockbestseller"-CDs „Ran an den Feind" von „Landser" und „Noten des Hasses" von „White Aryan Rebels" sowie wegen Waffenbesitzes sitzt er gegenwärtig für 4 Jahre in Haft. Hesse war ehemals Anführer der deutschen „Hammerskins", Herausgeber des Fanzines „Hass Attacke", Inhaber des Labels und Versandhandels „H.A. Records" in Neustadt/Dresden und Informant des Verfassungsschutzes. Er galt mit dem 1997 gegründeten Label, das er mit staatlicher Unterstützung von insgesamt 12.000 Mark Fördermitteln für den Schritt aus der Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit aufbauen konnte, als Schlüsselfigur der sächsischen Neonaziszene. Bis zu seinem Haftbeginn führte Hesse auch „Hagal Records" und übernahm das thüringische NS Black-Metal Label „Darker than Black" der Möbus-Brüder als Sublabel.

Insgesamt soll Hesse u. a. 8.000 CDs von „Ran an den Feind" gepresst haben. Das Beiheft zur „Landser"-CD lieferte der Neonazi und VS-Informant Toni Stadler aus Brandenburg, der Hesse auch bei dem Vertrieb der „Noten des Hasses" tatkräftig unterstützte.

„Landser"-Mitglieder hatten Hesse nach ihrer Verhaftung stark belastet: Mitte September 2000 habe Hesse in Berlin die „Landser"-Master CD von „Ran an den Feind" mit dem Auftrag zur Pressung vom Chemnitzer Jan Werner bekommen. Werner war früher Sektionsleiter von „Blood & Honour" (B&H) Sachsen, betrieb bis vor kurzem mit anderen das einflussreiche Label „Movement Records" und gab das Fanzine „White Supremacy" heraus. Gegen ihn wird ebenfalls ermittelt.

Trotz der Prozesse gegen Band und Vertreiber geht der Verkauf von „Landser"-CDs und -Merchandising munter weiter. In rechten Fanzines, wie dem Dresdner Heft „Der Foiersturm" wird eine Tribute-CD der Band angepriesen. Dort covern Bands wie beispielsweise „Storm", „Hauptkampflinie" oder „Radikahl", deren Tonträger wie die von „Landser" auf dem Index stehen, Lieder von „Landser". Auch die US-amerikanische Band „Bound For Glory" ist auf der Tribute-CD vertreten. Mitglieder der den „Hammerskins" nahestehenden Band sind auch Begründer des Labels und Vertriebs „Panzerfaust" in Newport, Minnesota. Im „Panzerfaust"-Internetvertrieb sind neben Nazi-Devotionalien aller Art auch alle in Deutschland indizierten Tonträger von „Landser" erhältlich.

Neben der Tribut- CD für „Landser" ist eine nicht indizierte CD der Band mit dem Titel „Jetzt erst recht" im Umlauf. Auf dieser firmieren „Landser", benannt nach einem ihrer Stücke als „Tanzorchester Immervoll". Sie singen Lieder über Ostpreußen, Rudolf Hess, den „Ku-Klux-Klan" oder den B&H-Begründer Ian Stewart Donaldson. In einer Coverversion des „Ton-Steine-Scherben"-Songs „Allein machen sie dich ein" droht die Band „dann werden sie nicht mehr lachen, sondern sich auf die Socken machen, auf die Bahamas oder ins Tessin, der Bubis weiß am besten, wohin."

Die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien" lehnte die Indizierung dieses Tonträgers durch Entscheidung vom 4. April 2003 ab. Er darf weiterhin frei verkauft, beworben und per Post vertrieben werden. Wie bei fast allen „Landser"-CDs trägt die Tribute-CD keine offizielle Labelbezeichnung. Dafür gibt es Werbung für „TTV-Records", dessen Betreiber, Lars Georgi, gleichzeitig das Hamburger Label „Wotan-Records" gehört. Er brachte mit seiner Firma schon öfter legale Songs indizierter rechter Tonträger neu heraus, z.B. die CD „Kraft für Deutschland" von „Noie Werte" unter dem Titel „Zusammenhalt". Bei Georgis „Tonträger- und Textilvertrieb" TTV gibt es auch reichlich „Landser"-Merchandising: Schlüsselanhänger, Baseball-Caps, „T-Hemden", Pullover mit dem Schriftzug oder Logo der Band.

Rasch konnte auf die juristische Verfolgung der Band mit neuen Veröffentlichungen reagiert werden und das Geschäft um sie boomt. Vertrieben von „Front-Records" im sächsischen Torgau ist die neue „Landser"-CD über ein dichtes Netz von rechtsextremen Mailordern und Läden erhältlich. Seit den neunziger Jahren haben die Neonazis Strukturen entwickelt, die es ihnen ermöglicht, ihre Ideologie mehr und mehr mit Musik und Mode zu einer Art Lifestyle zu stilisieren. Der Sinsheimer „Asgardversand", „Way Of Life" in Halle/Saale, „n-Versand" und „Backstreetnoise" in Chemnitz oder „Sonnentanzversand" in Aue/Sachsen sind Läden und Vertriebe, die dazu dienen. Die halbherzige Gegenstrategie der Behörden, die sich lediglich gegen die Bandmitglieder, aber nicht gegen das Geschäft mit dem Bandkult und die Verbreitung ihrer Musik richtet, kann die „Pflege" des Mythos „Landser" nicht brechen. „Landser" kann so seine rassistische und antisemitische Ideologie weiter unter den Augen der Staatsschützer verbreiten.

Opfermusiken

„Welches Datum? 30. Januar 1945. Position? 12 Seemeilen nördlich von Stoltmünde. Windstärke? 5 bis 6, leichtes Schneetreiben herrschte bis 21:00 Uhr [...]. Lufttemperatur? 18°C unter Null. Die Schiffbrüchigen erfrieren schnell. Der Name des Schiffes? Wilhelm Gustloff, von Gotenhafen kommend."

Von Christian Dornbusch & Andreas Speit

Mit diesem Dialog aus dem Film „Nacht fiel über Gotenhafen" von Franz Wisbar (1959/60) beginnt die Anfang diesen Jahres von der niederländischen Formation „A Challenge of Honour" (ACOH) veröffentlichte CD „Wilhelm Gustloff" (Cover-Faksimile oben).

Spätestens nach Günther Grass' Bestseller „Im Krebsgang" vom letzten Jahr ist der Untergang des ehemaligen „Kraft-durch-Freude"-Dampfers stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Doch wer auf der bei „Cold Spring" (Northampton, Großbritannien) vertriebenen CD oder der EP, veröffentlicht bei „Divine Comedy" (Marseille, Frankreich), ein Hörbuch oder Lieder mit tief greifenden Texten erwartet, wird enttäuscht. Die Band, gegründet von dem Niederländer Peter Savelkoul und dem mittlerweile ausgeschiedenen Deutschen Johan König, setzt auf eine Mischung aus Industrial, Neo-Folk sowie Klassiksamples und versucht so Stimmungen wiederzugeben bzw. zu erzeugen. Einzig Sprachsamples untermalen diesen Soundfloor.

Die Veröffentlichung ist Teil einer „Trilogy about the madness of mankind". Auf der EP „Angelic Torment" wird der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 gedacht und die noch ausstehende dritte Veröffentlichung „Oradour Sur Glanes" soll sich dem Atombombenabwurf über Hiroshima widmen.

In einem Interview mit dem deutschen Dark-Wave-Magazin „Black" betonte Savelkoul, dass die Trilogie eine „Antikriegsbotschaft" enthalte, „alles ohne Politik oder irgendwelche Ideologien [...] einfach gegen den Wahnsinn des Krieges". Intention für die Veröffentlichung zur Gustloff war, dass „zu vieles in unserer modernen Welt [...] vergessen" wird. „Die Tragödie mit der 'Wilhelm Gustloff' ist so etwas. 9.000 unschuldige Frauen und Kinder sind damals ertrunken, aber kaum jemand hier weiß davon und gedenkt dieser Tragödie." Die Diskussion um das Werk von Grass hat er wohl nicht wahrgenommen. Nicht aufgefallen scheint auch, dass ein martialisch-heroischer Sound selten eine Antikriegsbotschaft assoziiert.

In den Niederlanden ist Savelkoul kein Unbekannter. Einige Zeit betrieb er die Internetseite „abovetheruins", deren Name bereits die Anlehnung an Julius Evola verrät. Heute steht er hinter der Homepage „opfertag". Musikalisch trat er zuerst mit seiner Band „Materialschlacht" in Erscheinung, die Samples aus dem „Dritten Reich" verwandte. Neo-folkloristisch dagegen ist das Projekt „La Reine Noir", mit der Savelkoul auf der Compilation „Za dom spremni" (vgl. DRR Nr. 74) aus dem Hause „Thaglasz" (Kassel) vertreten ist. Als Konzertorganisator versuchte er ein Konzert mit der Band „Ostara" zu veranstalten. Aufgrund öffentlicher Kritik an der Band wurde es jedoch abgesagt.

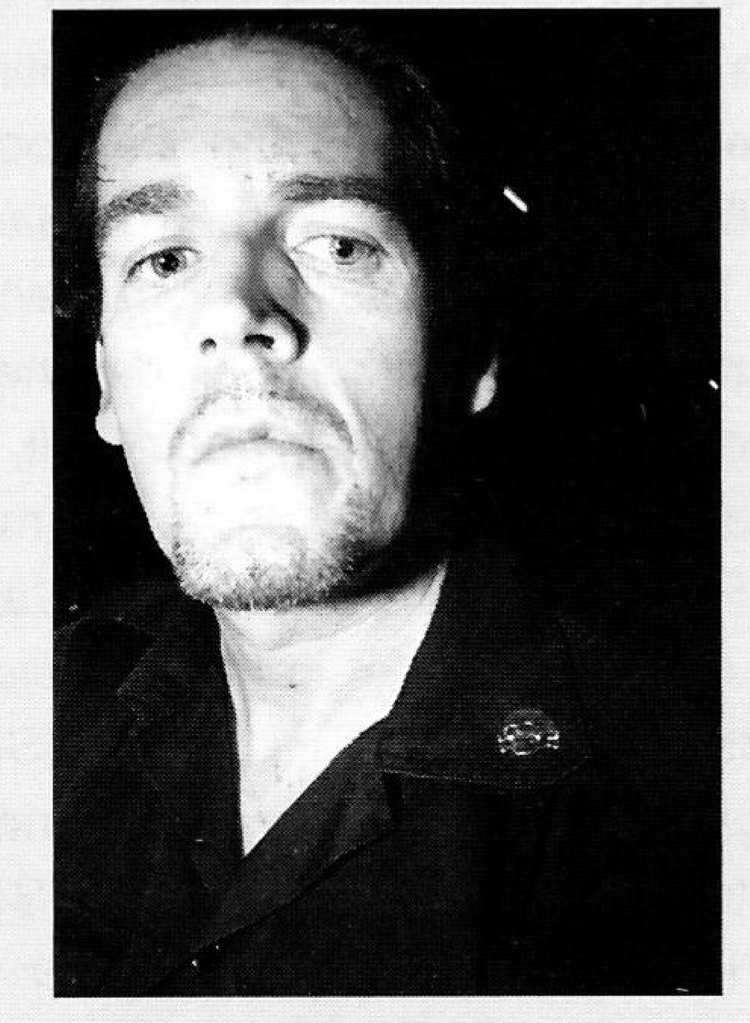
Eines der wenigen Konzerte von ACOH war auf dem dritten „Flammenzauber"-Festival im März diesen Jahres auf der Wasserburg Heldrungen, organisiert von der Internetplattform „Lichttaufe". Begeistert wurde die martialische Show aufgenommen.

Während Grass' Roman den neuen deutschen Opferdiskurs literarisch flankiert, sorgt Savelkoul für den musikalischen Sound, der mehr Resonanz in jugendkulturellen Szenen haben dürfte.

IDM aufgelöst

Von Christian Dornbusch

Gerade stand noch die Aufnahme der RechtsRock-Band „Eskil" (Düsseldorf) bei der Initiative „Identität Durch Musik" (IDM) an, da wurde diese überraschend aufgelöst. Ausschlag gebend war ein Streit zwischen Josef Klumb von der Band „Von Thronstahl" (München) und dem Begründer und Organisator von IDM, Kay Bunn. In seiner „allerletzten Stellungnahme" resümierte Klumb, dass er es leid sei, „durch politische-weltanschauliche Verstrickungen" seine „Zeit und Energie" zu vergeuden. Großes war geplant, eigentlich versuchte Klumb mit Hilfe von Bunn eine Wiederbelebung von „Weissglut". Aber er scheiterte. Doch die verschiedenen Vorstellungen der beiden Akteure führten zum Streit, der mit dem Ausschluss von „Von Thronstahl" aus IDM endete. Für Bunn hatte der Konflikt aber weiter reichende Konsequenzen. „Ich habe den Spaß an Musik verloren. Den Glauben an integere Lichtgestalten sowieso. Alle Werte stehen in Relation zu den Personen, die sie proklamieren. Das ist mein Resümee aus 10 Jahren Aktivität im Bereich Nationaler Widerstand", hält er in seiner letzten Stellungnahme vom 1. Juni diesen Jahres fest. IDM ist damit aufgelöst. Abschließend weist er noch darauf hin, dass die IDM-Band „Landsturm" (Springe) nunmehr bei einem französischen Label ihre nächste Platte veröffentlichen werde und dass auch eine Neue der Formation „Megalith" (Mainz) fertig sei. Carl Langs, Frontmann von „Megalith", Resümee zwei Tage später fällt hingegen nicht so pessimistisch aus: „IDM ist offensichtlich kein Weg zum Ziel gewesen, aber vielleicht war es eine Stufe, auf der andere Stufen aufbauen werden. [...] Ich wünsche den anderen Mitgliedern der Initiative viel Glück auf ihrem weiteren Weg und habe selbst die nächste Stufe schon ins Visier genommen". Immerhin, für die neue CD „Soldaten des Geistes" wurde im Metal-Magazin „Legacy", das an jedem Bahnhofskiosk erhältlich ist, eine halbseitige Anzeige geschaltet und auf der dem Heft beiliegenden CD ist zusätzlich noch ein Lied der Band enthalten. Der politische Kontext der Band wird ausgeblendet und selbst in der wohlwollenden Rezension nicht kritisch bemerkt. IDM ist tot, doch die Saat treibt weiter.



Josef Klumb

Imageschaden

50.000 Fans gerieten zeitweise aus dem Häuschen als die „Rolling Stones" in Hannover aufspielten und Mick Jagger verkündete: „Wir werden viel Spaß miteinander haben."

Von Rainer Butenschön



Der war allerdings im Vorfeld vielen anderen bereits vergangen. Über Monate hatte es heftige Diskussionen gegeben. Denn als Anheizer für ihre Hannover-Show am 8. August 2003 hatten die „Stones" eine deutsche Band verpflichtet, die mit brauner Hetze Kasse machte. Mit Brutallyrik, mit Rassenhass und Gewaltpropaganda waren Anfang der 1980er Jahre Stephan Weidner, Kevin Russel, Matthias Röhr und Peter Schorowsky als „Böhse Onkelz" zu musikalischen Helden der Nazi-Szene aufgestiegen. Bis heute sind Titel wie „Türken raus" oder „Deutschland den Deutschen" Hymnen der rechten Mordbanden. Erst Ende der 1980er Jahre gingen die „Onkelz" zu ihrer „kindischen Scheiße von damals", wie sie verharmlosend sagten, auf Distanz. „Politik ist uns egal", heißt es heute.

In Hannover gab es einen Aufschrei der Empörung, als bekannt wurde, wen Jagger und Co. verpflichtet hatten. Zumal als die „Onkelz" im Juli in Hannover unter Pseudonym vor 2.000 Fans, darunter zahlreiche Glatzen, eine Art Vorkonzert gaben, zu dessen Besuch die NPD aufgerufen hatte. Ein Mann zog vor dem Stones-Konzert sogar vor Gericht. Er wollte wegen der „Onkelz" seine Karten zurückgeben. Der Veranstalter, die „Deutsche Entertainment AG", reagierte kühl („Es steht ihnen frei, erst zur voraussichtlichen Auftrittszeit der Rolling Stones [...] zu erscheinen") und behielt vor Gericht Recht. Auch Jagger distanzierte sich ausdrücklich nicht von den „Onkelz": „Wir spielen mit ihnen. Das ist eine gute Band", ließ er verlauten. „Enttäuscht" kritisierte der Anwalt Gerhard Mencke, dass die Stones „eine Rechtsrock-Band salonfähig machen".

Teilerfolge aber konnten Antifaschisten dennoch verbuchen. Nur wenige Konzertbesucher folgten zwar dem Aufruf, der Band die rote Karte zu zeigen, doch die Debatte hat über Rechtsrock aufgeklärt und zwei finanzkräftige Werbepartner zum Rückzug bewogen: NDR und die „Telekom" fürchteten einen Imageschaden – zu Recht.

Über Parteigrenzen hinweg

„Demokratie direkt" als neuer Versuch regionaler Organisierung

Nicht zum ersten Mal starten Rechte aus dem Umfeld der „Deutschlandbewegung" den Versuch, mit einer neuen Initiative der Zersplitterung im rechten Lager entgegenzuwirken.

Von Liane M. Dubowy

Seit Anfang diesen Jahres operiert in München der Verein „Demokratie direkt", der sich zum Ziel gesetzt hat, rechte Gruppierungen in „regionaler Selbstorganisation" über Parteigrenzen hinweg zusammen zu bringen. Das Konzept geht zurück auf den Beitrag „Bewegung statt Partei" des Augsburgers Roland Wuttke, der im Frühjahr 2002 in der Ausgabe 4/2002 im Strategieblatt „Nation & Europa" (N&E) (Coburg) erschienen ist.

Das mit „Demokratie direkt" angestrebte Ziel der partei- und Gruppierung übergreifenden, rechten Bewegung hatte Wuttke, langjähriges Mitglied des „Friedenskomitees 2000/Deutschlandbewegung", zuletzt im Januar letzten Jahres begraben müssen, als die Mitte 2000 zu diesem Zweck gegründete „Deutsche Aufbauorganisation" (DAO) in seiner Anwesenheit ihre Auflösung beschloss. Damals war es nicht gelungen, breite Unterstützung im rechten Lager, etwa des NPD-Spektrums und der „Freien Kameradschaften" zu gewinnen. Anders der Verein „Demokratie direkt" in München, an dessen Aktionen sich bislang auch die „Freie Kameradschaft" „Aktionsbüro Süd" um Martin Wiese beteiligte, die gute Kontakte auch zur NPD pflegt.

Verwunderlich ist das nicht, schließlich sind Wuttkes Forderungen, der „die Zerstrittenheit im nationalen Spektrum durch Zellenbildung auf unterster Ebene" aushebeln möchte, nicht weit entfernt vom Konzept der Kameradschaften. „Demokratie direkt" will trotz seiner Struktur als eingetragener Verein mit Spendenkonto, Internet-Seite und eigener Publikation „keine Organisation im herkömmlichen Sinne" sein und grenzt sich somit von den bereits gescheiterten Einigungsversuchen des rechten Lagers ab. Zielgruppe sind nicht nur überzeugte Rechte, sondern auch „Menschen, die bislang grün oder rot gewählt haben", deren Zustimmung nun durch das Aufgreifen von Themen wie „Kriegspolitik an der Seite der USA, Bevorzugung des Großkapitals, Missbrauch von Steuergeldern, deutsche Milliardenzahlungen ans Ausland, Schächten und Tierschutz, Überfremdung, Bagatellisierung von Ausländergewalt" oder regionalen Themen, wie „z. B. Bau einer Moschee oder eines Asylantenheims, Umbenennung von Straßen, Verschwinden traditioneller Bräuche" gewonnen werden soll.

Wie schon die Ziele, sind auch die Aktionsformen nichts Neues: Flugblätter, Infostände, Mahnwachen und Kundgebungen. Mit einer Rubrik „Links enttarnt" widmet sich der Verein in seiner zweimonatlich erscheinenden und auf den Aktionen des Vereins verteilten Publikation „München direkt" auch der Anti-Antifa. Mittels Foto und Kurzbiographie werden hier unliebsame PolitikerInnen, JournalistInnen und AntifaschistInnen vorgestellt.

„Demokratie direkt" ist sowohl im rechtskonservativen als auch neonazistischen Spektrum verankert. Initiator Wuttke schreibt regelmäßig für die neonazistische N&E, verfasst Beiträge für „Junge Freiheit", „konservativ.de", die Website der Münchner REP und ist zudem Inhaber der Internet-Do-

main des Vereins. Mit Thomas S. Fischer, der ebenfalls bisher für N&E sowie „Junge Freiheit", „Ostpreußenblatt" und „Witikobrief" schrieb, trat für „Demokratie direkt" ein Redner aus dem rechtskonservativen und Vertriebenen-Umfeld in Erscheinung. Als stellvertretender Vorsitzender des Vereins fungiert der Münchner Stadtrat der REP, Johann Pius Weinfurtner, der ganz im Gegensatz zum offiziellen Kurs der „Republikaner" - aber dem Motto Wuttkes entsprechend - „keine Berührungsängste, keine Kontaktallergien gegenüber Gleichgesinnten" hat, wenn an den Veranstaltungen des Vereins auch AktivistInnen der Neonazi- und Skinheadszene teilnehmen.

Die Resonanz auf diesen erneuten Versuch der Rechten, gemeinsam zu agieren und verschiedene Fraktionen an einen Tisch zu bringen, ist bislang gering, die Beteiligung unterschiedlichster Gruppierungen scheint jedoch im Gegensatz zu früheren Projekten bis zu einem gewissen Grad gelungen.

Selbstverleugnung als Selbstverteidigungsstrategie

„Junge Freiheit" im Streit mit Verfassungsschutz

Neue Rechte

3.5.1 Junge Freiheit (JF)

Gründung	1986
Herausgeber	'Junge Freiheit Verlag GmbH & Co', Berlin
Erscheinungsweise	wöchentlich; Auflage ca. 10.000
Internet	Homepage seit November 1996

Ideologische Ausrichtung und Strategie

Die Wochenzeitung 'Junge Freiheit' (JF) ist der Neuen Rechten zuzurechnen, einer um Intellektualisierung bemühten geistigen Strömung innerhalb des Rechtsextremismus. Die Neue Rechte vertritt – im Anschluss an die Konservative Revolution aus der Zeit der Weimarer Republik und an die in Frankreich nach den Präsidentschaftswahlen 1965 entstandene Nouvelle Droite – mit ur-

Aus dem nordrhein-westfälischen VS-Bericht des Jahres 2002

Was haben die germanentümelnde Zeitschrift „Freiheit Wattenscheid" (FW) und die „Welt am Sonntag" (WamS) gemeinsam? Das Renommierblatt aus dem Hause Springer und das Lokalblatt aus der nordrhein-westfälischen NPD-Zentrale reproduzierten beide im Juli diesen Jahres vermeintliche Entlarvungen von Antifaschisten, die die rechtsextreme Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF) im April vorgelegt hatte.

Von Alfred Schobert

Das Propagandablättchen war allerdings schneller als die als seriös geltende Sonntagszeitung. Die übernahm nämlich die fragwürdigen 'Informationen' erst, nachdem Berliner und Düsseldorfer CDU-Abgeordnete für die JF in die Bresche gesprungen waren.

„Arbeitet Verfassungsschutz mit Linksextremisten? CDU will Hinweise auf Verbindungen der NRW-Behörde zur radikalen Szene haben", war Wolfgang Potts Artikel in der WamS überschrieben. So werden nun die Düsseldorfer Landesregierung und die Bundesregierung mit Anfragen über einige Referenten der für den 8. Oktober geplanten Tagung des VS-NRW zum Thema „Die neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?" behelligt. Zu ihren 'extremistischen Sünden' zählt u. a. für diese Zeitschrift geschrieben zu haben. Als wäre die Einladung der vermeintlichen „Linksextremisten" Christoph Butterwegge, Wolfgang Gessenharter und Anton Maegerle zur Düsseldorfer Tagung nicht bereits Beweis genug für das erfolgreiche rote Zersetzungswerk, enthüllen JF, FW und WamS zudem, dass ein weiterer „Linksextremist" gar einen Job als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim NRW-VS habe. Und das, obwohl er über seine Autorentätigkeit für diese Zeitschrift hinaus nachweislich mal leibhaftig bei einer antifaschistischen Initiative im tiefroten Dortmund referiert habe.

JF und WamS setzen bei ihrer intellektuell dürftigen Diskreditierung antifaschistischer Wissenschaftler und Publizisten auf die herrschende „Extremismus"-Doktrin. Dieser gilt Antifaschismus bekanntlich als linksextremistische Umsturzideologie, „Faschismus" entsprechend als linksextremistischer Kampfbegriff, und die mittige Demokratie sei gleichermaßen von den Extremen auf der Linken und der Rechten bedroht, wie ja schon die Weimarer Republik an den Extremisten von Links und Rechts zugrunde gegangen sei.

Um ihrerseits der „Extremismus"-Doktrin zu entgehen, bezeichnet die JF sich gern als „konservativ" oder „nonkonform". Dieser Tarnoperation des Zentralorgans des völkischen Nationalismus läuft indes seit nunmehr neun Jahren die Praxis des VS-NRW entgegen, der die JF unter „Neue Rechte" einordnet und diese wiederum zum Rechtsextremismus zählt. Entsprechend wütet die JF alljährlich zur Vorlage des NRW-Verfassungsschutz-Berichtes. Dieses Jahr steigerte sich dies zur Kampagne innerhalb der breiter angelegten Anti-Antifa-Kampagne der JF.

Der JF-Chef Dieter Stein warf dem Düsseldorfer Innenministerium eine „gleichsam aus dem Militärischen ins Zivilgesellschaftliche übertragene *'Shock and awe'*-Strategie" und „Überschreitung seiner rechtlichen Kompetenzen" vor. Bisher hat die JF zwar alle von ihr angestrebten Verfahren gegen den NRW-Verfassungsschutz verloren, doch Stein schreit weiter „Rechtswidrigkeit" – das ist das Begleitspektakel zum Gang der JF vor das Verfassungsgericht in Karlsruhe. Der Verfassungsschutz werde, so Stein weiter, „vor den Karren einer politischen Kampagne" gespannt, die Bewertung der JF durch den Verfassungsschutz sei ein „kolossales Erpressungsinstrument bei passender Gelegenheit".

Im Innenteil derselben Ausgabe geht es in mehreren Beiträgen auf dieser Linie weiter. Folgte man der JF-Argumentation in aller Konsequenz, gäbe es die JF gar nicht. Wenn die JF dem Düsseldorfer Innenminister vorwirft, er ordne „die JF einer vom NRW-Verfassungsschutz *frei erfundenen* 'Neuen

Rechten' zu" (Hrvh. v. A. S.), ließe sich vielleicht noch, wie dies in der wissenschaftlichen Forschung auch geschieht, über den Begriff „Neue Rechte", seine Vorzüge und Nachteile sowie seine Reichweite streiten. Doch darum geht es der JF nicht; sie verfolgt hier tatsächlich die Argumentations-Strategie, die Existenz des vom Verfassungsschutz analysierten Phänomens zu bestreiten. Dem NRW-Verfassungsschutz wird unterstellt, die JF als Teil einer „Verschwörung" zu betrachten, als erliege man in Düsseldorf einem Verschwörungswahn, wie er im Umfeld der JF allerdings giftige Blüten treibt. Die JF treibt diese Verkehrung wie folgt auf die Spitze: „Niemand hat ihn gelesen, aber jedes Jahr wird er beschwörend murmelnd zitiert: Antonio Gramsci. Nach einer von diesem italienischen Marxisten ausgebrüteten Strategie, so die Top-Spürnasen des NRW-Innenministeriums, will diese sagenumwobene 'Neue Rechte' nichts weniger als eine 'kulturelle Hegemonie' erreichen – um nichts weniger als 'die spätere Erringung der politischen Macht anzustreben'. Die JF nun sei Teil dieser Verschwörung und müsse aber 'die eigentlichen politischen Ziele ... möglichst verschleiert' transportieren. Deshalb – der Leser befürchtet es – kann der Verfassungsschutz für diese atemberaubende Argumentation keine Belege anführen. Eben weil alles so supergeheim ist".

Schon der Blick auf das knappe Autoren-Porträt in der jüngsten Buchpublikation des Verlages der JF reicht, um diese Verleugnung zu widerlegen: Unter den deutschsprachigen Publikationen des JF-Autors Alain de Benoist wird ein Band mit dem Titel „Kulturrevolution von rechts – Gramsci und die Nouvelle Droite" aufgeführt.

Dieter Stein holte später systematisch aus. Intellektuell überfordert, nutzte er eine vom der JF nahe stehenden „Institut für Staatspolitik" (vgl. DRR 83, S. 8ff.) vorgelegte Studie als Ausgangspunkt, um nicht nur, wie vor Jahren, die Existenz einer „Neuen Rechten" in Deutschland, sondern gleich auch noch in Frankreich zu bestreiten: „Es gibt somit in Deutschland seit den siebziger und in Frankreich seit den neunziger Jahren keine 'Neue Rechte', die sich selbst so bezeichnen würde".

Vorausgesetzt, der JF-Chef kennt die eigenen Verlagspublikationen, ist diese Aussage Steins ein schöner Beleg zur Herleitung der Redensart 'lügen wie gedruckt': 1999 veröffentlichte Alain de Benoist gemeinsam mit Charles Champetier in der Zeitschrift „Éléments" ein „Manifest für die Neue Rechte des Jahres 2000"; in deutscher Übersetzung erschien der Text in de Benoists Buch „Aufstand der Kulturen" im Verlag der JF. Übrigens wurde der Text in „Éléments" u. a. mit einem Foto Dieter Steins illustriert, die Bildunterschrift stellte fest, die JF widme „den von der Neuen Rechten lancierten Themen viel Platz".

Generell müsste ihr Top-Autor Alain de Benoist für die JF längst zur politischen Belastung geworden sein. Auf der Linie seiner regelmäßigen JF-Publikationen zum Irak-Krieg veröffentlichte de Benoist am 20. März auf der Homepage des GRECE ein Communiqué, in dem er „weltweit jeden Akt der Vergeltung, der auf amerikanische Interessen und auf amerikanisches militärisches, politisches, diplomatisches und administratives Personal zielt", für „zugleich legitim und notwendig" erklärte, „wo immer er auch stattfinde, welche Stärke und Ausdehnung er auch habe, welcher Mittel er sich bediene und unter welchen Umständen er sich ereigne".

Zwei Tage später war der Text bei „Voxnr", einer Homepage aus dem Umfeld der nach dem Attentatsversuch Maxime Bruneries gegen den französischen Präsidenten Chirac verbotenen „Unité Radicale" um Christian Bouchet und in Übersetzung u. a. auf der spanischen Seite von „Altermedia" zu finden. Mit einer deutschen Übersetzung und der nachgereichten, fadenscheinigen „Klarstellung" de Benoists zogen die Mailingliste „eisernekrone" und „Stoertebeker" sowie die krude Berliner Nationalisten-Seite „rbi" in den Kampf.

Doch das haben die CDU-Abgeordneten, die beim Sommerfest der JF der Festansprache de Benoists lauschten, und die, die sich nun mit Anfragen für die JF einsetzen, ganz sicher nicht gewusst. Vermutlich wissen sie auch nicht, dass der verstorbene ehemalige JF-Autor Armin Mohler, dem man bei dieser Feier huldigte, sich als „Faschist" (im Sinne José Antonio Primo de Riveras) bezeichnete.

Der Autor ist Mitarbeiter des Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) und Mitautor zweier Bücher zur JF: Helmut Kellershohn (Hg.): Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, DISS: Duisburg 1994; Martin Dietzsch u .a.: Nation statt Demokratie. Sein und Design der „Jungen Freiheit", DISS: Duisburg 2003.

Vorbei mit Lustig!

Von Uwe Seher

Die extrem-rechte „FUN-Partei" im virtuellen Politiksimulationsspiel „democracy online today" (dol2day) ist von den Betreibern gelöscht worden.

Das virtuelle Spiel ist am 15.05.2000 als offene Plattform angetreten um im Web parlamentarische Demokratie zu simulieren. Seitdem können Parteien und Initiativen gegründet, Umfragen gestellt und alle vier Monate die „Internet-Regierung" gewählt werden. Aktives Mitglied des Spiels, das eine kleine Redaktionsgruppe betreut, kann werden, wer sich real registriert. Über 20.000 Spieler haben sich mittlerweile eingetragen.

Schon im Sommer 2000 gründeten Rechte die Partei FUN („Freiheitlich Unabhängig National") „als Sammlungsbewegung und Netzwerk im Internet und im realen Leben". „Ohne Lagerdenken und Abgrenzungsgeplänkel" wollen sie „virtuell mobilisieren - real agieren".

Zumindest das „virtuelle" will sie nach dem FUN-Ehrenvorsitzenden Winfried Krauß („Deutsche Stimme" 7/03) spielerisch geschafft haben: „Es ist die einzige Organisation, in der von freien Nationalisten über NPD, Republikanern, DVU, Schill, DP bis hin zu nationalen Exponenten oder »rechten Flügeln« der FDP, CSU und CDU ein breites Spektrum zusammenwirkt". Allerdings nur bis zum 3.06. dieses Jahres. Der Rauswurf erfolgte in der Logik der virtuellen Rechten durch eine „Hexenverbrennungskampagne" „linksradikaler Einrichtungen", die auch „staatliche Überwachungsbehörden" zur Aufnahme der FUN in VS-Berichte bewegten und sogleich die Betreiber von dol2day beeinflussten.

„Als zwingend erforderliche Reaktion" sahen indes die Betreiber das Löschen. „Wir bieten eine kostenlose Plattform ohne eigene finanzielle Interessen an und nehmen uns daher das Recht heraus, unsere eigene Person vor einer Strafverfolgung zu schützen", heißt es in ihrer Erklärung. Denn die FUN-Mitglieder wollten weder ihre persönlichen Adressdaten veröffentlichen noch den Betreibern zugänglich machen. Entsprechend fragen die Betreiber die FUN: „Wenn alles so ‚harmlos' ist, warum traut ihr euch dann nicht, selbst mit eurer eigenen Persönlichkeit offen eure Meinung zu vertreten?"

Nach der Löschung wechselten manche der etwa 200 FUN-Mitglieder zu der „Progressiv Konservativen Partei" oder „Konservativen Deutschen Partei". An einer Nachfolgepartei namens FREUNDE (FREiheitlich UNabhängig DEutsch) wird gearbeitet. Aber neben extrem-rechter Parteien spielen auch einige real anmutende Initiativen, wie „Asatru - Initiative für ein politisch aktives Heidentum", „Junge Freiheit Leser", „Bund für Ostdeutschland" oder „Alex - Anti-Linksextremismus" mit.

Abschreckung auf dem Durchmarsch

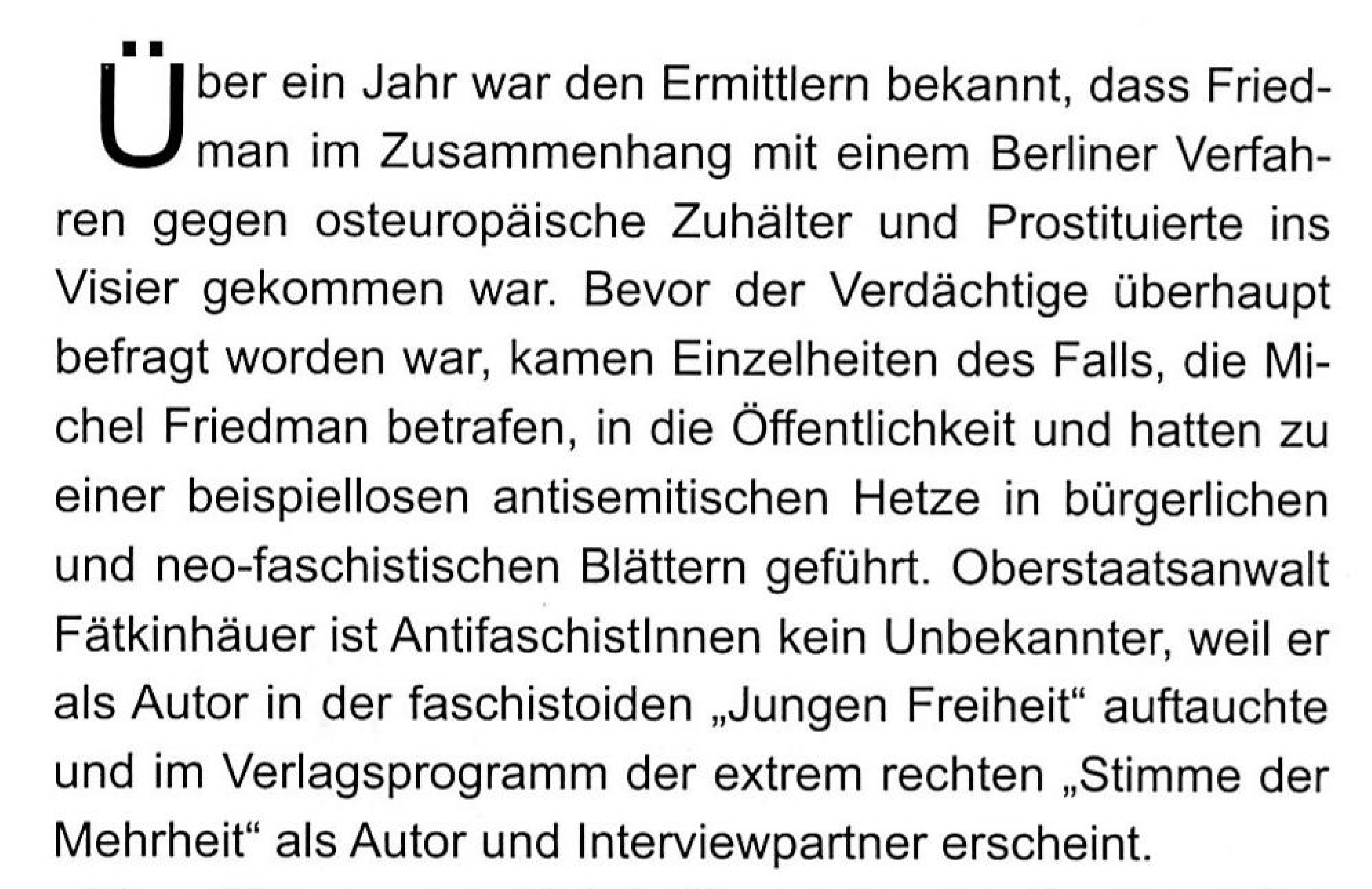


Titel des Bandes „Durchgedreht“

Mit der „Stimme der Mehrheit“ gegen Michel Friedman

Der Chefermittler gegen Michel Friedman war der Berliner Oberstaatsanwalt Hans Jürgen Fätkinhäuer. Voll des Lobes über den gediegenen Juristen waren die Medien und sprachen von „einer der erfahrensten deutschen Staatsanwaltschaften auf dem Gebiet der Organisierten Kriminalität (OK), des Drogengeschäfts und des Menschenhandels mit Prostituierten [...] unter Oberstaatsanwalt Hans Jürgen Fätkinhäuer, einem Strafverfolger von Mitte fünfzig und seit 26 Jahren im OK-Bereich tätigen professionellen Spezialisten.“ („Die Welt“)

Von Raimund Hethey



Über ein Jahr war den Ermittlern bekannt, dass Friedman im Zusammenhang mit einem Berliner Verfahren gegen osteuropäische Zuhälter und Prostituierte ins Visier gekommen war. Bevor der Verdächtige überhaupt befragt worden war, kamen Einzelheiten des Falls, die Michel Friedman betrafen, in die Öffentlichkeit und hatten zu einer beispiellosen antisemitischen Hetze in bürgerlichen und neo-faschistischen Blättern geführt. Oberstaatsanwalt Fätkinhäuer ist AntifaschistInnen kein Unbekannter, weil er als Autor in der faschistoiden „Jungen Freiheit“ auftauchte und im Verlagsprogramm der extrem rechten „Stimme der Mehrheit“ als Autor und Interviewpartner erscheint.

Die „Stimme der Mehrheit“ wurde am 8. November 1996 durch den „Bund der Selbständigen“ (BDS)-Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer in Dortmund gegründet und ist eine Arbeitsgemeinschaft des Landesverbands Nordrhein-Westfalen des BDS. Schäfer verfolgte mit der Gründung das Ziel, „dem Linkskartell innerhalb der ‚schreibenden Zunft‘ eine schlagkräftige Alternative entgegenzusetzen.“ Mittlerweile zählt die „Stimme der Mehrheit“ über hundert Mitglieder. Zu den 26 Gründungsmitgliedern gehören: Herbert Fleissner, Uwe Greve, Klaus J. Groth, Eberhard Hamer, Martin Hohmann, Klaus Hornung, Heinz Hug, Angelika und Hans Werner Immerath, Heiner Kappel, Hans-Helmuth Knütter, Wolfgang Reschke, Achim Rohde, Klaus-Rainer Röhl, Joachim Schäfer, Norman von Scharpenberg, Ute und Erwin K. Scheuch, Ronald Schroeder, Gerd Schultze-Rhonhof, Heimo Schwilk, Franz W, Seidler, Willi-Peter Sick, Alexander von Stahl, Erika Steinbach, Karlheinz Weißmann. Organisatorisch repräsentiert die „Stimme der Mehrheit“ das rechte CDU-FDP Umfeld, Vertriebenenorganisationen, „Junge Freiheit“-Unterstützer und -Autoren, Verfechter einer „Anti-Antifa“-Strategie und überzeugte Revisionisten. So hat die Hälfte der Gründungsmitglieder den Appell zum 8. Mai (1995) unterzeichnet, in dem gefordert wurde, den 8. Mai nicht als Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft zu begehen, sondern als Tag, der großes Leid über die Deutschen gebracht habe. Das Spektrum der Autoren, die im Rahmen der „Stimme der Mehrheit“ veröffentlichen, ist entsprechend zusammengesetzt. Die „Stimme der Mehrheit“ kooperiert mit folgenden Organisationen und Institutionen: „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V.“ (Reinhard Uhle-Wettler, Reinbek), „Deutschland Brief“ (Dr. Bruno Bandulet, Bad Kissingen), „Genius Gesellschaft für freiheitliches Denken“ (Dr. Gerulf Stix, Wien), „Freiheitlicher Akademikerverband Salzburg“ (Dr. Gerhard Wirl, Salzburg), „Gesellschaft für die Einheit Deutschlands e.V.“ (Gerd-H. Komossa, Bonn), „Deutschland-Direkt-Online“ (Hans-Jürgen Mahlitz-Stecher, Rohrdort), „Neuer Klub Salzburg“ (Dr. Wolfgang Caspart, Salzburg-Bergheim), CKDF (Andreas Schneider, Rheinbach), „Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel e.V.“ (Verantwortlich: Oberstleutnant a.D.d.R. Max Klaar, Bonn), „Preußeninstitut e.V.“ (Ansprechpartner: Dr. Rolf Sauerzapf).

Im Vorfeld von Bundestagswahlen äußert sich die „Stimme der Mehrheit“ bevorzugt programmatisch. 1998 hätte sie gerne einen „Kurswechsel“ nach rechts gesehen. „Das Meinungsklima ist stickig geworden in Deutschland“, heißt es im Klappentext zum Sammelband „Kurswechsel“, die „ selbst ernannten Tugendwächter der Political Correctness verhindern die geistige Auseinandersetzung und setzen ihr Diktat gegen das Denken einer breiten Mehrheit durch.“ In „Kurswechsel“, herausgegeben vom Mentor der „Stimme der Mehrheit“ Joachim Schäfer und beim „Universitas-Verlag“ aus dem Fleissner-Imperium erschienen, veröffentlichte Oberstaatsanwalt Fätkinhäuer den Aufsatz „Kriminalität in Deutschland – ein Plädoyer für die Abschreckung“. Darin fordert Fätkinhäuer schärfere Strafen z.B. für Jugendliche, Heranwachsende und AusländerInnen. „Die Meßlatte einer zwingenden Abschiebung muß drastisch gesenkt werden. Was einem deutschen Beamten recht sein muß, nämlich bei einer verhängten Freiheitsstrafe ab einem Jahr obligatorisch seinen Arbeitsplatz zu verlieren, sollte in Anlehnung an diese Regelung einem in Deutschland lebenden kriminellen Ausländer hinsichtlich seines Aufenthaltsrechtes billig sein.“ Mitautoren des Bandes sind Klaus Hornung („Studienzentrum Weikersheim“), Uwe Greve („Landsmannschaft Ostpreußen“), Hans-Helmuth Knütter („Anti-Antifa“-Stratege), Stefan Winckler (ehemals „Junge Freiheit“, „Criticón“, ebenfalls aktiv im Bereich „Anti-Antifa“), Heiner Kappel (ehemals BfB, heute „Deutsche Partei“) und weitere einschlägig wegen ihrer Rechtslastigkeit bekannte Autoren. Fätkinhäuers übertriebener Drang nach „Law and Order“ gefiel der „Jungen Freiheit“ so sehr, dass sie den Beitrag gekürzt nachdruckte.

In dem ebenfalls von Joachim Schäfer herausgegebenen Band „Durchgedreht – Fällt Deutschland unter die Räuber?“, für dessen Titel Fätkinhäuer die Idee geliefert hat, wird ein von Schäfer kommentiertes Interview mit Fätkinhäuer abgedruckt - der beziehungsreiche Titel: „Das Ozonloch. Organisiertes Verbrechen auf dem Durchmarsch.“ Im Gespräch erweckt Fätkinhäuer etwas zugespitzt

den Eindruck, dass nur ein ausländerfreies Deutschland frei von organisierter Kriminalität sein könne.

Während seine Behörde im Berliner Bankenskandal eher lax ermittelte und strafverfolgte, fordert der Oberstaatsanwalt in dem Interview vom Staat mehr Härte gegen Ausländer, insbesondere AsylbewerberInnen. Der Band erschien 2001 im Haus-Verlag des „Bundes der Selbständigen", dem „Aton-Verlag". Dessen Inhaber ist Wolfgang Reschke aus Unna. Einer von Reschkes Lieblingsautoren scheint Heiner Kappel zu sein, dessen Ergüsse als Funktionär der „Deutschen Partei" in mehreren Ausgaben auf dem diesjährigen Pressefest der NPD-Postille „Deutsche Stimme" im sächsischen Meerane kostenlos an junge Neo-Nazis verteilt wurden.

Marburger Marktfrühschoppen gestört

Auch dieses Jahr feierten wieder die Marburger Verbindungsstudenten sowie ihre Unterstützer aus den Stadtteilgemeinden und der Lokalpolitik am ersten Sonntag im Juli den seit über 50 Jahren stattfindenden „Marktfrühschoppen". Das vorgeblich für alle Bürger organisierte Fest wird als das „kürzeste Volksfest Deutschlands" beworben. Dieses Mal hatten die Stadtteilgemeinden schon für 10 Uhr zu einem (Bier-)Frühstück auf den Marktplatz eingeladen.

Von Florian Schneider

Veranstalter und Organisatoren waren dieses Jahre der Marburger Oberstaatsanwalt und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Stadtteilgemeinden Jörg Wölk (SPD), Teddy Scharlau von der Oberstadtgemeinde und Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft sowie der Geschäftsmann Tilmann Pfeiffer, Alter Herr der Marburger „Burschenschaft Arminia" und Initiator des „Marktfrühschoppenverein, Bürgerinitiative zur Erhaltung alter Marburger Tradition".

Etwa 200 GegnerInnen des Frühschoppens hatten bereits vor Beginn der Veranstaltung die vordersten Bankreihen vor der Bühne in Beschlag genommen. Da in den letzten Jahren immer wieder Transparente beschlagnahmt wurden, kamen dieses Jahr viele DemonstrantInnen mit T-Shirts bekleidet, auf denen ein durchgestrichener Burschenkopf zu sehen war. Über die gesamte Dauer des Festes, das wieder einmal auf Grund der Proteste um fast zwei Stunden verlängert wurde, konnten die Reden und Blasmusik durch Pfiffe und Parolen gestört werden. Während im letzten Jahr rund 40 GegnerInnen der Verbindungen in Gewahrsam genommen wurden, gab es in diesem Jahr keine Festnahmen, obwohl die Veranstalter eine Räumung der GegnerInnen gefordert hatten.

Neben den wie selbstverständlich anwesenden rechtsextremen Burschenschaften tauchen auch immer wieder organisierte Neonazis aus dem Marburger Umland beim Frühschoppen auf. Gab es vor Jahren noch Versuche der Nazis, den Frühschoppen in organisierter Form zu unterstützen, tauchten sie dieses Jahr nur vereinzelt auf, wie zum Beispiel das NPD-Mitglied Manuel Mann.

Bereits am Tag zuvor veranstalteten mehrere studentische Unigruppen und das „Projekt Konservatismus und Wissenschaft e.V." eine Tagung zur Kritik studentischer Verbindungen. Unter dem Titel „Eliten, Männerbünde, Vaterland" diskutierten über 100 Teilnehmer über Themen wie Männerbund, Duell, Elitenreproduktion und klassische antifaschistische Themen, wie z.B. die Politik der „Deutschen Burschenschaft". Außerdem wurden verschiedene Formen von Verbindungen beleuchtet und der aktuelle Forschungsstand sowie mögliche weitere Felder für korporationskritische Forschung diskutiert. Kontrovers diskutierten Michael Hartmann (TU Darmstadt) und Stephan Peters (Marburg) auf dem Abschlusspodium die Frage der Bedeutung der Korporationen für die Rekrutierung von Eliten. Während Peters auf die anhaltende Bedeutung von Korporierten in Politik und Wirtschaft hinwies und dies auch mit Beispielen untermauerte, war Hartmann der Meinung, dass Korporationen heute keine Bedeutung mehr hätten. Vielmehr sei mittlerweile ein gemeinsamer Habitus ausschlaggebend, um in hohe gesellschaftliche Positionen aufzusteigen. Deutlich wurden hier aber auch die Unterschiede in der Definition des Elitenbegriffes: für Hartmann ist dies in der BRD lediglich das Spitzenmanagement und ca. 1% der Bevölkerung, während Peters das Selbstbild und definitorische Macht als entscheidendes Kriterium wertet. Die auf der Tagung geführten Diskussionen können in einer bald erscheinenden Dokumentation nachgelesen werden.

Mahlers Umtriebe

Horst Mahler ist vom brandenburgischen Innenministerium daran gehindert worden, Ende Juli diesen Jahres die Gedenkstätte des KZ Auschwitz zu schänden. Er habe nach Verfassungsschutz-Angaben geplant, mit Gesinnungsfreunden nach Polen zu reisen und in Auschwitz die Shoah zu leugnen. Mahler musste Pass und Personalausweis abgeben und durfte nicht ausreisen. Er veröffentlichte außerdem im Sommer im polnischen Magazin „Obywatel" (Der Bürger) den Artikel „Globalisierung als das höchste Stadium des Imperialismus verlangt ein Wiedererwachen der deutschen Nation". „Obywatel" steht der polnischen „Attac"-Gruppe nahe. Im Text heißt es u. a., die unvermeidliche Krise der USA sei die „Stunde von Deutschland". Die Zeitschrift war schon früher durch ihre Querfrontstrategie aufgefallen. Die Autoren stammen aus dem gesamten extrem-rechten Spektrum Polens. Die Redaktion indes besteht auch aus Führungsmitgliedern von „Attac Polska".

Bundessommerlager des „Freibund"

Der „Freibund", ex-„Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ), veranstaltet seit Jahren ein grosses Bundessommerlager, ganz in bündischer Tradition. Dieses Jahr stand es unter dem Motto „Bauern, Ritter, Edelleute" und sollte vom 27.07. bis zum 09.08. „in den Wäldern Thüringens" stattfinden. Doch entgegen der Ankündigung wurde es nach Niedersachsen in die Nähe von Celle verlegt. Auf dem Programm standen wandern, singen, Lagerfeuer. Nur „Radios, Süßigkeiten, Funktelefone, Alkohol und Zigaretten [... sowie] Tarnkleidung" sollten, so „Egi" (Ingmar Pätzold) und „Wollo" (Wolfgang Behrenz) in einem Rundschreiben, nicht mitgebracht werden.

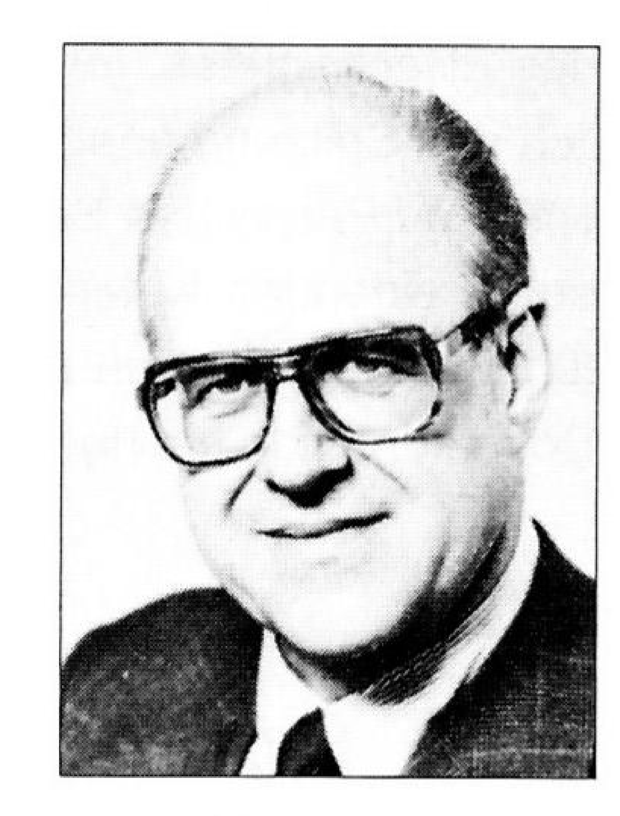
Schlange an der Brust

Zum Tode Armin Mohlers

Unter dem Stichwort „Konservatismus" berichtet die „Frankfurter Rundschau" (FR) über den Tod des Vordenkers der „Neuen Rechten" Armin Mohler. Post mortem scheint der bekennende Faschist (Mohler über Mohler) in der FR zu erreichen, was er mit seinem Œuvre Jahrzehnte versuchte: Die Etablierung der extremen Rechten als „echten Konservatismus". Schon zu Lebzeiten ist der Intellektuelle einer der wenigen Personen der extremen Rechten, deren Stimme auch in der Mitte der Gesellschaft und den Eliten gehört wird.

Von Christian Grünert & Jan Raabe

Am 12. April 1920 wird Mohler in Basel geboren. Nach anfänglicher Begeisterung für die Avantgarde und Kontakten zu linksintellektuellen Immigranten, wendet er sich rechten Denkern wie Friedrich Nietzsche, Oswald Spengler und Ernst Jünger zu. Doch nicht nur deren heroische Texte führen ihn 1942 illegal nach Deutschland, sondern seine grundsätzliche Sympathie für die politische Praxis des Nationalsozialismus: „Ich entschied mich für etwas, womit mich mehr als nur die gemeinsame Sprache verband: [...] für die ungeteilte Deutsche Nation, für das um seine bare Existenz kämpfende Deutsche Reich – und das war nun einmal nicht das Heilige römische Reich Deutscher Nation, sondern das Dritte Reich." Aber weder SS noch Wehrmacht nehmen ihn auf. Als er nach einem Studiensemester in Berlin 1942 wieder in die Schweiz zurückkehrt, wird er wegen Fahnenflucht inhaftiert.



Armin Mohler

Im Bannkreis der Präfaschisten

Mohlers Studien beeinflusste die Haft kaum. 1943 nimmt er in Basel das Studium der Philosophie mit den Nebenfächern Kunstgeschichte und Germanistik auf und seine ersten Artikel erscheinen. Sein Interesse gilt nun verstärkt den extrem-rechten Ideologien der Jahrhundertwende. 1949 promoviert er unter dem Titel „Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Grundriss ihrer Weltanschauung". Zu der Dissertation äußert sein linksliberaler Doktorvater Karl Jaspers: „Wir Philosophen sind nun einmal so: Wir züchten die Schlangen an unserer eigenen Brust. Eigentlich dürfte ich diese Dissertation nicht annehmen." Denn Jaspers weiß, dass Mohler mit der Begriffsoption „Konservative Revolution" (KR) eine Entkopplung zwischen den rechtsintellektuellen Vordenkern völkischer/ faschistischer Politikkonzepte und deren Umsetzung und Radikalisierung im Faschismus anstrebt, um deren Rehabilitierung zu ermöglichen.

Durch Mohlers Studien wird Jünger auf ihn aufmerksam, für den er deshalb von 1949-1953 als Privatsekretär arbeiteten darf. In dieser Zeit lernt er die KR-Protagonisten Carl Schmitt, Friedrich Georg Jünger und Ernst Klett kennen.

In der Mitte der Gesellschaft

Nach diesen „Gesellenjahren" geht Mohler 1953 als Auslandskorrespondent nach Paris, wo er u. a. für die Zürcher „Tat" und für die „Zeit" tätig ist. Mohler ist fasziniert vom Gaullismus, der einen Weg unabhängig von den USA und der UdSSR geht, ist ihm doch der Kommunismus ebenso verhasst wie der Liberalismus. Mohler wird ein Kenner der extremen Rechten in Frankreich und lernt später die „Nouvelle Droite" um Alain de Benoist kennen. Zurück in Deutschland beginnt er 1961 bei der „Carl Friedrich von Siemens-Stiftung" zu arbeiten und übernimmt 1964 die Geschäftsführung dieses Braintrusts, den er systematisch zu einer politisch-kulturellen Organisation der „Neuen Rechten" formt.

Wenn heute die „Süddeutsche Zeitung" bemerkt, dass sich Mohler als Geschäftsführer „liberaler gab und ein legendär weit gespanntes Programm verantwortete" und dies „stärker für als gegen seine Lauterbarkeit" spricht, so hat sie Mohlers Strategie nicht verstanden. Denn genau dieses Image wollte er haben, um ausgewiesene Rechte in die Diskussion zu bringen und sie mit Personen außerhalb der extremen Rechten debattieren zu lassen.

In der extremen Rechten

Bereits 1965 veröffentlicht Mohler sein Buch „Was die Deutschen fürchten", in dem er nicht nur Amnestie für NS-Verbrecher, das Ende des Deutschen Sonderwegs und die Rückkehr zu nationaler Souveränität fordert, sondern auch einen deutschen Gaullismus. Gut 21 Jahren später wird das zum Stichwortverzeichnis für das Projekt der Historisierung des Nationalsozialismus durch Ernst Nolte während des Historikerstreits 1986. Geht es Mohler doch ebenso wie Nolte um eine „Befreiung der Deutschen aus der geistigen Umklammerung der Alliierten" und um die Einebnung des Nationalsozialismus in die deutsche Geschichte.

An der praktischen Durchsetzung seiner Konzepte arbeitet er als Berater von Franz Josef Strauß. Dieser erweist sich für Mohler jedoch zu realpolitisch. Er lässt die Parteipolitik hinter sich. 1967 kommt es anlässlich der Verleihung des „Konrad Adenauer-Preises" der „Deutschland Stiftung" zum Skandal. Der Stiftungschef Kurt Ziesel, den das „Handelsblatt" einen „sattsam bekannten Schriftsteller nationalsozialistischer Provenienz" nannte, war zu offensichtlich mit der extremen Rechten verstrickt. Bei der Auseinandersetzung kommt heraus, dass Mohler als erster Preisträger vorgesehen war, jedoch unter Pseudonym auch in der „Deutschen Nationalzeitung" veröffentlichte. Damit war Mohler für die auf Restauration ausgerichteten Konservativen nicht satisfaktionsfähig. So wendete er sich der so genannten „Neuen Rechten" zu. Zusammen mit Caspar Schrenk-Notzing gründete er 1970 als Diskussionsforum die Zeitschrift „Criticón". Er versuchte auch die „Nouvelle Droite" in Deutschland bekannt zu machen, hat diese doch ein ähnliches Ziel: die Rehabilitierung der ideologischen Vordenker des Faschismus. 1983 versucht Mohler nochmals praktisch in die Politik einzugreifen. Er schließt sich dem „Deutschlandrat", einem Zusammenschluss von zumeist Rechtsintellektuellen, an, der als pressure group der extremen Rechten fungieren will. Das Bündnis scheitert an inneren Querelen. Mitglied ist auch der REP-Gründer Franz Schönhuber, dessen Buch „Ich war dabei", in dem dieser seine Zeit als SS-Mann verherrlicht, Mohler ausdrücklich lobt. Nach dem Scheitern

des „Deutschlandrates“ und seinem altersbedingten Ausscheiden aus der Siemens Stiftung 1985, zieht sich Mohler auf die publizistische Tätigkeit zurück. Dabei ist im Laufe der Jahre ein offeneres und rückhaltloseres Agieren erkennbar. In einem Interview mit der „Leipziger Volkszeitung“ 1995 bekennt Mohler auf die Frage: „Sind sie ein Faschist?“ „Ja, im Sinne von Jose Antonio Primo de Rivera.“

Zweifelhafte Verdienste

„Wenn es eine ‚Jahrhundertleistung‘ Mohlers gibt“, erklärte Claus Leggewie, „dann vielleicht die, als getreuer Chronist einer Bewegung aus Ihren Ursprüngen in der Weimarer Republik über ihre [...] Verstrickung in den Nationalsozialismus und ihre Tabuisierung in der Nachkriegszeit [...] [sie] wieder halbwegs hoffähig gemacht zu haben.“

So verstand Mohler, diese Sicht des Faschismus auch in bedeutenden konservativen Zeitungen vorzustellen. Die Stigmatisierung eines Großteils der extremen Rechten durchbrach er damit regelmäßig. Seine Ansätze für eine rechte Realpolitik entfalten teilweise erst heute ihre Wirksamkeit: sei es die Vorstellung eines souveränen Deutschlands, des Schlussstrichs unter die deutsche Vergangenheit, die Bewertung der Singularität des Holocaust und die Verharmlosung der Kriegsschuldfrage. Mit ihm verlor die extreme Rechte am 04. Juli diesen Jahres einen der führenden Rechtsintellektuellen dieser Republik. Sie werden es wohl beweinen.

Transformation eines Gefängnisses

Am 30. Juli diesen Jahres ist nach 55 Jahren Gefängnisnutzung das Gelände des ehemaligen Schutzhaftlagers des KZ Neuengamme an die KZ-Gedenkstätte übergeben worden.

Von Stephan Lindke



Übergabe des Appellplatzes

Das „Männergefängnis Neuengamme“ war am 6. September 1948 auf Betreiben der damaligen Hamburger SPD-Regierung in den Gebäuden des KZ Neuengamme eingerichtet worden, um so das „Schandmal der Vergangenheit“ auszulöschen und „um aus dieser Anstalt [...] eine vorbildliche Anstalt der Menschlichkeit und des modernen Strafvollzuges von Weltruf zu schaffen“. In einer bemerkenswerten Vergangenheitsverdrängung wurde die Verantwortung für diesen historischen Ort negiert und ein „Reform-Strafvollzug“ als die Lehre aus der Vergangenheit angesehen. Seit 1948 forderten demgegenüber die Überlebenden des KZ die würdige Nutzung des Geländes und seit den 1970er Jahren wiesen auch örtliche Gedenkinitiativen zunehmend auf die Verdrängung der Hamburger Politik hin.

Anfang der 1990er Jahre begann in den politischen Kreisen der Hansestadt ein langsamer Prozess des Umdenkens, der 2001 zum einstimmigen Beschluss der Verlegung des Gefängnisses und der Erweiterung der KZ-Gedenkstätte führte.

CDU/„Schill-Partei“ und FDP sorgten nach der gewonnenen Bürgerschaftswahl im September 2001 in ihren Koalitionsverhandlungen für einen Skandal mit der Forderung, die Justizvollzugsanstalt XII doch nicht zu verlagern, sondern zusätzlich zu dem bereits im Bau befindlichen Ausweichgefängnis in Hamburg-Billwerder zu erhalten. Nach breiten Protesten musste der Senat diese Forderung im Dezember 2001 jedoch zurücknehmen.

Nach 55 Jahren ist das Gefängnis nun endlich am 30. Juni an die KZ-Gedenkstätte Neuengamme übergeben worden. 70 Gäste, unter ihnen VertreterInnen der internationalen Häftlingsorganisation „Amicale Internationale KZ Neuengamme“ (AIN), der „Arbeitsgemeinschaft Neuengamme“ (AGN) und der Kultur- und Justizbehörde, nahmen an der von der Justizbehörde ausgerichteten Veranstaltung teil.

Der Justizsenator Roger Kusch resümierte bei der Übergabe, dass in „all den Jahrzehnten seit Kriegsende bis in die jüngste Zeit [...] die politischen Verantwortlichen in Hamburg eigene Vorstellungen des Gedenkens entwickelt [haben], statt einfach zuzuhören, was die Opfer [...] zu sagen hätten“. Im Namen des Hamburger Senats entschuldigte er sich für die jahrzehntelange Verzögerung bei der Realisierung einer würdigen KZ-Gedenkstätte.

Kusch sprach zwar richtige Worte, die auch auf Zustimmung bei den Überlebenden trafen, vom Duktus her vermittelte er jedoch das Bild, dass erst auf Initiative des neuen Senats die Gedenkstätte erweitert werde. Es mutet seltsam an, wenn Kusch, in Verdrehung der Tatsachen, dem Senat die Niederlage vom Dezember 2001 nun als Erfolg anhaftet.

Der Vorsitzende der AIN, Robert Pinçon, erinnerte in seiner Rede daran, dass die AIN „seit ihrer Gründung [...] nicht aufgehört [habe] [...], für das Ende dieser Schändung und die Befreiung des Geländes, das einem Friedhof gleicht, zu kämpfen“. Zudem betonte er die Bedeutung der Übergabe des Gefängnisgeländes für die Überlebenden, denn im Moment der Übergabe verbänden sich nun endlich die Erinnerung und die Geschichte.

Nach der Übergabe beginnt nun die letzte Phase der Transformation des Gefängnisses in eine KZ-Gedenkstätte. In der Gedenkstättenkonzeption soll die untere, originäre Zeitschicht des Ortes - das Konzentrationslager - wieder freigelegt werden. Zu diesem Zweck werden gegenwärtig die Gebäude, die nach 1945 errichtet wurden, abgerissen. Jedoch soll die Nachkriegsnutzung – als Synonym für die Hamburger Geschichtsverdrängung – nicht nivelliert werden. Daher bleibt von dem zentralen Gefängnisgebäude ein Fassadenfragment als „Zitat“ erhalten und auf sämtlichen Informationstafeln soll auch die jeweilige Nachnutzung erwähnt werden.

Die nicht mehr vorhandenen historischen Baracken und Gebäude werden in einem „Bodenrelief“ dargestellt. Die erhaltenen KZ-Gebäude werden restauriert bzw. den neuen Nutzungen entsprechend umgebaut, der teilweise bereits rekonstruierte Appellplatz wird in seinen historischen Ausmaßen fertiggestellt und die Zaunverläufe stilisiert dargestellt.

Bereits seit 2002 werden von einem WissenschaftlerInnenteam drei neue Ausstellungen erarbeitet (Hauptausstellung zum KZ Neuengamme, Ausstellung zur KZ-SS und eine Ausstellung zur Nachnutzung), die in einem der erhaltenen KZ-Häftlingsgebäuden und in den ehemaligen SS-Garagen

gezeigt werden. In einem weiteren Häftlingsgebäude wird ein Studien- und Begegnungszentrum eingerichtet.

Nach der behördeninternen Übergabe wird am 6. September die offizielle Übergabe des Geländes unter dem Titel „Neuengamme – enfin libéré“ an die internationale Häftlingsorganisation erfolgen. Diese von der AIN ausgerichteten Zeremonie symbolisiert nach 55 Jahren die zweite Befreiung des Geländes. Es werden mehrere hundert Überlebende aus der ganzen Welt erwartet. Eingeleitet wird die Feierlichkeit mit der Übergabe eines jüngst in Strasbourg wieder gefundenen Originaltorflügels des KZ-Eingangs.

Sperrablage

Ermitlungen gegen Jenaer Medizinerin

Nachfragen zu dem Vorwurf der Tötung von Patienten will Rosemarie Albrecht nicht beantworten. Nur wenn man verspricht, einen „sehr objektiven Bericht“ zu verfassen, wolle die frühere Leiterin der psychiatrischen-neurologischen Frauenabteilung der Landesheilanstalt Stadtroda zwischen 1940 bis 1942 sich äußern.

Von Andreas Speit

Außerdem, so lässt der Koblenzer Anwalt der emeritierten Professorin aus Jena ausrichten, müssten die „zeithistorischen Umstände“ und die aktuelle Debatte über die Euthanasie in den Niederlanden berücksichtigt werden.

Seit Mai 2000 ermittelt die Staatsanwaltschaft Gera wegen mindestens 159-fachen Mordes gegen die 88-jährige Medizinerin. Die Staatsanwaltschaft überprüft, inwieweit Albrecht als Assistenzärztin und Leiterin der Frauenabteilung in der Landesheilanstalt an der Ermordung von 159 Frauen und 11 Kindern im Rahmen des NS-Euthanasie-Programms mitgewirkt hat.

1940 kam die als tüchtig bekannte Medizinerin als Assistenz an die Thüringische Landesheilanstalt. Zusammen mit dem Leiter der Heilanstalt Dr. Gerhard Kloos verfasste sie Berichte über den Gesundheitszustand der Patienten. So auch über sämtliche Heimkinder, die im Herbst 1941 aus Bad Blankenburg nach Stadtroda evakuiert wurden. „Die Kinder boten ein Bild schwerster Verwahrlosung. Sie waren ausnahmslos an einer ungewöhnlich schweren Krätze erkrankt [...] [und] die weiblichen Kinder waren stark verlaust“, klagten die beiden Ärzte schriftlich und warnten: „Während der Behandlung haben sich drei Pfleger selbst mit Krätze infiziert“. Einige Kinder führten sie, laut der Staatsanwaltschaft, gleich der Euthanasie zu.

Die Staatsanwaltschaft nahm die Ermittlungen nach einer Anzeige des Thüringischen Beauftragten der Stasi-Unterlagen Jürgen Haschke auf. Im März 2000 war er bei der Durchsicht von Akten auf den Vorgang „Ausmerzer“ aus dem Jahre 1964/65 gestoßen. Unter dem Codewort „Ausmerzer“ führte die Kreisstelle des Ministeriums für Staatssicherheitsdienst (MfS) zu der Zeit einen „Operativen Vorgang“ (OV) zu dem „Fall Stadtroda“ durch. Mitte Mai 1966 beendete das MfS jedoch den OV: „Die Aufdeckung der vermutlichen Euthanasie-Verbrechen in Stadtroda bedeutet, dass die [...] national anerkannte und international bekannte Dr. Albrecht in das Untersuchungsverfahren einbezogen werden muss“. Albrecht war damals Dekanin an der medizinischen Fakultät der Universität Jena und Leiterin der Hals-Nasen-Ohren-Klinik und als „Verdiente Ärztin des Volkes“ geehrt. Die Logik des MfS: „Da [...] Beschuldigte aus der DDR in höheren Positionen des Gesundheitswesen (Frau Dr. Albrecht) [...] stehen, könnte bei Auswertung ein unseren gesellschaftlichen Verhältnissen widersprechendes Ergebnis erreicht werden. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, die Bearbeitung des Vorgangs mit einer Sperrablage im Archiv des MfS abzuschließen“. Die Akte verschwand wie vorgeschlagen.

Dieser Umgang der DDR mit NS-Ärzten erinnert an den „Fall“ Jussuf Ibrahim. Der frühere Kinderarzt aus Jena, der sich am NS-Euthanasieprogramm beteiligte, wurde 1950 mit dem Nationalpreis der DDR der 1. Klasse ausgezeichnet. Straßen, Kindereinrichtungen und die Kinderklinik in Jena, die nach ihm benannt waren, wurden erst nach heftigen Debatten im Stadtrat 2000 umbenannt. Keine Zweidrittelmehrheit fand der Antrag, Ibrahim die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen.

Ob die Staatsanwaltschaft im „Fall Albrecht“ Anklage erhebt, ist nach drei Jahren der Ermittlung nicht absehbar. Die Ermittlungen gestalten sich als „schwierig“, betont Oberstaatsanwalt Villwock. Schließlich müsste der genaue Tatbezug aufgezeigt werden. Allerdings gebe es „gewichtige Hinweise“, beschwichtigt Villwock, dass mindestens „elf Kinder und vier erwachsene Weibliche [...] eines nicht natürlichen Tod gestorben sind“. Die Krankenakten lägen vor und ein Gutachter bearbeite sie. Von einer schnellen Ermittlung darf wohl nach drei Jahren nicht mehr ausgegangen werden. „Das ganze interessiert offensichtlich niemanden mehr“, meint Haschke.

Stimmt nicht ganz. Mit einem offenen Brief wendeten sich 22 emeritierte Mediziner im Juli diesen Jahres an die Presse. Die Professoren warnten vor einer „Vorverurteilung“ und forderten eine gründliche Ermittlung und einen baldigen Abschluss. „Bis dahin bleibt die Bezeichnung von Frau Albrecht als Euthanasie-Ärztin [aber] eine nicht vertretbare Vorverurteilung“. Die bisherigen Fakten überzeugen die Akademiker anscheinend nicht. Der Mitunterzeichner Professor Gerhard Klumbies, jahrelanger Chef einer Poliklinik in Jena, hebt hervor, dass die „Gehaltsliste [...] [Albrecht] nicht als verantwortliche Leiterin“ ausweise und bezweifelt gar, dass „vorübergehend zugeteilte Pflichtassistenten“ bei der Euthanasie einbezogen worden seien.

Der Brief dürfte Albrecht erfreut haben. Als die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen aufnahm, erklärte die Medizinerin im „Ärzteblatt Thüringen“: „Ich erlaube mir, die Ärzteschaft zu informieren, dass ich bisher meines Wissen mit Mord nichts zu tun gehabt habe“.

Personen und Umstände seien nicht vergleichbar, meint Ernst Klee in seiner Studie „Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945“, aber der Satz erinnere an einen Ausspruch von Rudolf Höß, Kommandant in Auschwitz: „'Ich war unbewußt (sic) ein Rad in der großen Vernichtungsmaschine des Dritten Reichs geworden'“. Umso bewusster pflegt Albrecht mit ihrem Schweigen den Anschein, zu Unrecht verdächtigt zu werden.

Österreich im „Sommertheater"

FPÖ und ÖVP streiten fürs Publikum

Im Sommer letzten Jahres brachte der national-soziale Kern der FPÖ mit seinem Festhalten an steuerlichen Entlastungen die Koalition mit der ÖVP zum Platzen. Heuer schien sich die Geschichte zu wiederholen. Aber wie so oft geriet sie dabei zur Farce.

Von Heribert Schiedel

Im Frühsommer erlitten Jörg Haider und die Seinen mit ihrem Versuch, Herbert Haupt von der Parteispitze wegzuputschen, Schiffbruch. Der FPÖ-Vorsitzende und Vizekanzler vermochte es mit einigem Geschick, sich zumindest bis zum nächsten regulären Parteitag im Frühjahr 2004 einzuzementieren. Die ob solch Widerständigkeit sichtlich betroffene Fraktion wagte angesichts des desolaten Zustandes der FPÖ keine weitere offene Eskalation. Und Haider spielte einmal mehr den beleidigten Unbedankten. Doch die schmissigen Recken glaubten bald, in der Steuerreform ein wirksames Mittel zur Übernahme der Partei durch ihren Heroen gefunden zu haben: Gegen die neoliberale ÖVP und die eigene Regierungsmannschaft wurde wieder vor allem aus Kärnten eine Reduktion der steuerlichen Belastung schon 2004 und nicht (wie im Regierungsprogramm vereinbart) erst 2005 verlangt. Aber ähnlich seiner Wendungen in der Diskussion zur Pensionsreform – Haupt distanzierte sich damals von seinem eigenen Entwurf – wechselte der FPÖ-Chef auch diesmal rasch die Fronten. Nun war auch er plötzlich für ein Vorziehen der Steuerreform. Gemeinsam versuchte man im Vorfeld der von der SPÖ beantragten Sondersitzung zum Thema die ÖVP zu überzeugen. Die Konservativen blieben jedoch ihrem Kurs der Budgetsanierung um jeden Preis treu und die FPÖ tat das was sie immer tut – sie fiel um.



Alfred Gusenbauer (SPÖ)

Das überrascht in Österreich mittlerweile niemanden mehr außer die SPÖ. Die größte Oppositionspartei glaubte tatsächlich, die „Freiheitlichen" beim Wort nehmen zu können und brachte in der Sondersitzung des Nationalrates am 12. August einen entsprechenden Antrag zur Vorziehung der Steuerreform ein. Jedoch opferte die FPÖ, die sich angesichts horrender Umfragewerte derzeit Neuwahlen nicht leisten kann, ihre Position der Koalitionsräson. Aber schon einen Tag nach dem „Sommertheater" (Haupt) im Parlament war der alte Bekennermut zurück und die FPÖ brachte die Steuerreform wieder aufs Tapet. Für Herbst kündigten Haiders Mannen im Nationalrat gar einen eigenen Antrag an, falls sich die ÖVP weiterhin querlegen sollte. Dass auch dieser großspurigen Ankündigung keine Taten folgen werden, tut wenig zur Sache. Denn mehr als um die politische Realität ging und geht es bei der FPÖ um die Inszenierung. In einer im demokratischen Sinne derart degenerierten Öffentlichkeit wie der österreichischen fällt es der FPÖ leicht, sich als „wahre Sozialdemokratie" (Haider) zu verkaufen.

Dass diese Inszenierung der national-sozialen FPÖ als Partei der „kleinen Leute" immer noch möglich ist, verdankt sich nicht zuletzt dem Verhalten der SPÖ. Diese behandelt die FPÖ zunehmend wie eine normale Partei, die beim Wort zu nehmen sei. Man appelliert dauernd an die „Freiheitlichen", gemeinsam gegen den sozialen Raubbau der Regierung, in welcher sie ja selber sitzen, vorzugehen. SPÖ-Vorsitzender Gusenbauer ging in seinem Wunsch nach Zusammenarbeit in „Sachfragen" sogar noch einen Schritt weiter und traf sich unlängst mit Haider zum Spargelessen. Was als Drohgeste gegenüber der ÖVP gedacht war, bedeutete die nun vollständige Salonfähigkeit der FPÖ. So berichteten die Medien nicht ohne Häme über das „Ende der Ausgrenzung" der rechtsextremen Partei durch die SPÖ.

AIK unterstützt Holocaustleugnung

Die Wiener „Antiimperialistische Koordination" (AIK) publizierte im Juni diesen Jahres einen Solidaritätsaufruf für den jordanischen Universitätsprofessor Ibrahim Alloush. Alloush ist Leugner des Holocausts und Mitarbeiter der neonazistischen „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung". Bei einer von ihm mitorganisierten internationalen „revisionistischen" Tagung in Amman 2001 trug er aus dem Referat des verhinderten französischen Geschichtsfälschers Faurisson vor.
Zunächst behauptete die AIK, sie habe nicht gewusst, dass Alloush „den ungeheuerlichen Völkermord des Nazismus als ‚Mythos'" bezeichnet. Der Aufruf sei sofort wieder von der Homepage genommen worden. Doch der Beitrag wurde nur in der deutschen Version entfernt. In englischer Sprache ist er weiter abrufbar.
Mittlerweile hat die AIK ihre Position aber auch öffentlich wieder revidiert. In einer am 1. Juli diesen Jahres veröffentlichten Erklärung betonte sie, nun doch wieder offen solidarisch mit dem Holocaustleugner sein zu wollen. Denn Alloushs „Beweggründe" und „Ziel" seien „vollkommen andere als jene der europäischen Revisionisten." Weil die „Zionisten" mit dem Holocaust ihr „Recht auf Palästina" begründen würden, werde dessen Leugnung seitens arabischer Nationalisten geradezu zur antizionistischen Pflicht. Es gehe zurzeit auch „keine Gefahr" vom Antisemitismus aus.

Rassismus in Kroatien

In der kroatischen Hauptstadt Zagreb häufen sich rassistische Überfälle auf MigrantInnen und (vermeintliche) AusländerInnen. Anfang August diesen Jahres kam es zu vier Angriffen innerhalb von zehn Tagen. Beim letzten wurde der elfjährige Sohn eines äyptischen Diplomaten von zwei Männern geschlagen.

Homosexuelle überfallen

Schwedische Neonazis haben Anfang August den Umzug eines Stockholmer Homosexuellen-Festivals angegriffen. Ein Teilnehmer wurde erheblich verletzt. Gegen einen der etwa dreißig rechtsextremen Täter wurde nach Polizeiangaben ein Haftbefehl beantragt.

Demontage der Demokratie

Gäbe es ein Rating für die Demokratie, Italien würde in die B-Liga absteigen. Denn seitdem Silvio Berlusconi mit seiner Unternehmens-Partei „Forza Italia" im Mai 2001 die Wahlen gewonnen hat und gemeinsam mit der rechtspopulistischen „Lega Nord", den Postfaschisten von „Alleanza Nazionale" sowie der rechtskonservativen DC-Nachfolgepartei „Unione di Centro" regiert, schneidet er Tag für Tag ein Stück Demokratie ab.

Von Günther Pallaver

Kennzeichen liberaler Demokratien sind nicht nur freie Wahlen, sondern auch die Anerkennung von Grund- und Freiheitsrechten, Gleichheit vor dem Gesetz, Unabhängigkeit der Justiz, eine pluralistische Gesellschaft - wozu auch die Medien gehören - sowie die Kontrolle der Streitkräfte durch eine demokratische Regierung.

Berlusconi, der jeden politischen Gegner als Kommunisten denunziert und ständig betont, die liberale Demokratie vor dem totalitären roten Zugriff gerettet zu haben, setzt seit seinem Machtantritt genau jene Mittel und Methoden ein, die er den Gegnern angeblich entrissen hat, um Italien vor dem Untergang zu retten.

In Italiens Verfassung, aber genauso in der UNO-Charta oder in Zukunft auch in der EU-Verfassung ist das Prinzip der freien Wahlen verankert. Frei bedeutet, dass es bei der Wahlentscheidung eines jeden Einzelnen zu keiner wie immer gearteten Beeinträchtigung kommen darf. Aber die Wahlen in Italien waren nicht frei, weil das mediale Übergewicht Berlusconis den Wählerwillen einseitig beeinflussen konnte. Es herrschte keine Gleichheit der politischen Informationsmöglichkeit. Aber genauso wie in den europäischen Ländern der Konsument geschützt wird und nicht der Produzent (zumindest formal), weil er das schwächere Glied in der Kette ist, genauso müsste der Wähler als Konsument vor einseitiger politischer Information geschützt werden. In Italien hingegen wird der Produzent solcher Informationen geschützt.

Allein schon aus diesem Grund wäre es berechtigt zu behaupten, dass die elektorale Demokratie in Italien aus den Angeln gehoben worden ist.

Aber schauen wir uns auch noch die anderen Grundprinzipien liberaler Demokratien an, wie etwa die Gleichheit vor dem Gesetz. Gegen dieses Prinzip hat Berlusconi seit Anbeginn verstoßen. Gegen ihn sind eine Reihe von strafrechtlichen Verfahren anhängig, die mit seinen vielen Geschäften zusammenhängen. Dank seiner breiten Mehrheit im italienischen Parlament hat er für sich und seine Mitstreiter eine Reihe von Gesetzen verabschieden können, die ihm heute völlige Straffreiheit garantieren. So ist es neuerdings verboten, gegen einen amtierenden Regierungschef ein Gerichtsverfahren einzuleiten. Das Gesetz wirkt sogar rückwirkend. Solange Berlusconi Regierungschef ist, könnte selbst dann nicht gegen ihn vorgegangen werden, wenn er vor seiner Amtszeit ein Gewaltverbrechen begangen hätte. Um dem Gesetz den Anspruch eines allgemeinen Prinzips zu verleihen, wurden in dieses Privileg auch noch der Staatspräsident, die beiden Präsidenten von Kammer und Senat sowie der Präsident des Verfassungsgerichtshofes miteinbezogen.

Auch die Unabhängigkeit der Justiz steht in Italien auf dem Spiel. Die Politik greift immer öfter, immer unverschämter in den Justizbereich ein. Richter und Staatsanwälte werden politisch eingeschüchtert, parlamentarische Kommissionen sollen Urteile von angeblich „aufwieglerischen Richtern" überprüfen, denn die (angeblich kommunistische) Mehrheit von ihnen würde aus rein politischen Gründen gegen Berlusconi und seine Mitstreiter vorgehen. Die ständige politische Einmischung und Einschüchterung verletzt dadurch den von der Verfassung festgelegten Grundsatz der Gewaltenteilung, aber auch den Instanzenzug der Justiz.

Von der Beeinträchtigung des WählerInnen-Willens durch die Medien war bereits die Rede. Nicht genug damit, die derzeit anstehende Reform der staatlichen Rundfunkanstalt RAI sieht eine weitere Liberalisierung im TV-Sektor vor. Bis heute dürfen die Eigentümer der drei gesamtstaatlich ausstrahlenden TV-Anstalten (wie Berlusconi), keine Tageszeitung besitzen. Außerdem gibt es ein Limit für Werbeeinnahmen. Dies soll nun abgeschafft werden. In Zukunft wird Berlusconi mit den Gewinnen aus seinen Fernsehanstalten auch die großen, zum Teil noch kritischen Zeitungen

„Moralische Pflicht"

Von Carmen Maria Javier



Am 8. Juli 2003 Jahres sind in Spanien der Buchhändler Oscar Panadero und der Herausgeber der „Ediciones Nueva Republica" (ENR), Juan Antonio Llopart, von den spanischen Behörden festgenommen worden. Ihnen wird die Verbreitung und „Rechtfertigung des Genozids" und der „Verstoß gegen fundamentale Rechte der spanischen Konstitution" vorgeworfen. Die Behörden durchsuchten den Buchladen Panaderos, „Kalki" in Barcelona sowie die Redaktion der ENR, die der rechten Partei MSR nahe steht und beschlagnahmten über 10.000 Bücher, Flaggen, Poster, Magazine, Aufkleber, Videos und CDs (s. Bild). Bei Verurteilung droht dem Buchladenbesitzer, der auch im Internet Bücher von Hitler, Mussolini, Codreanu bis Evola anbietet und über rechtliche Beschränkungen von „traditionellen Symbolen" informiert, eine Freiheitsstrafe von 4-6 Jahren. Das gleiche Strafmaß erwartet Llopart als Herausgeber der 1998 gegründeten ENR, die sich dem Kulturkampf gegen die „universelle Welt des Westen" verschrieben hat. Llopart ist auch Parteifunktionär der rechten Partei MSR.

Die spanische Rechte ist über die Festnahmen empört. Seit Mai 1995 gilt in Spanien das „Anti-Genozid"-Gesetz, das die Verbreitung, „Verleugnung, Verharmlosung oder Rechtfertigung" von Verbrechen des Genozids unter Strafe stellt. Im November 1998 kam es zur ersten Verurteilung: Ein Gericht sprach den Inhaber der Buchhandlung „Libreria Europa" in Barcelona Pedro Valera wegen „Aufwiegelung zu Rassenhass" und „Verleugnung oder Rechtfertigung des Genozids" schuldig und verhängte eine 5-jährige Freiheits- sowie eine Geldstrafe.

aufkaufen können. Und schließlich werden auch die Werbelimits fallen.

Als sich im Juli 2001 in der Hafenstadt Genua die Regierungschefs der G8-Gruppe trafen, kam es zu Ausschreitungen zwischen den Polizei- und Streitkräften und der No-global Bewegung. Ein Aktivist wurde von einem Polizisten (aus Notwehr?) erschossen. Die Ordnungskräfte provozierten Verhaftungen durch selbstgelegte Bomben, wüteten unter den friedlichen Demonstranten und setzten ihre Grundrechte außer Kraft. Amnesty International klagte Italien an, elementare Menschenrechte verletzt zu haben. Aber anstatt die verantwortlichen Polizei- und Streitkräfte zur Rechenschaft zu ziehen, verteidigte die Regierung Polizei und Militär, nicht aber die eigenen Bürger.

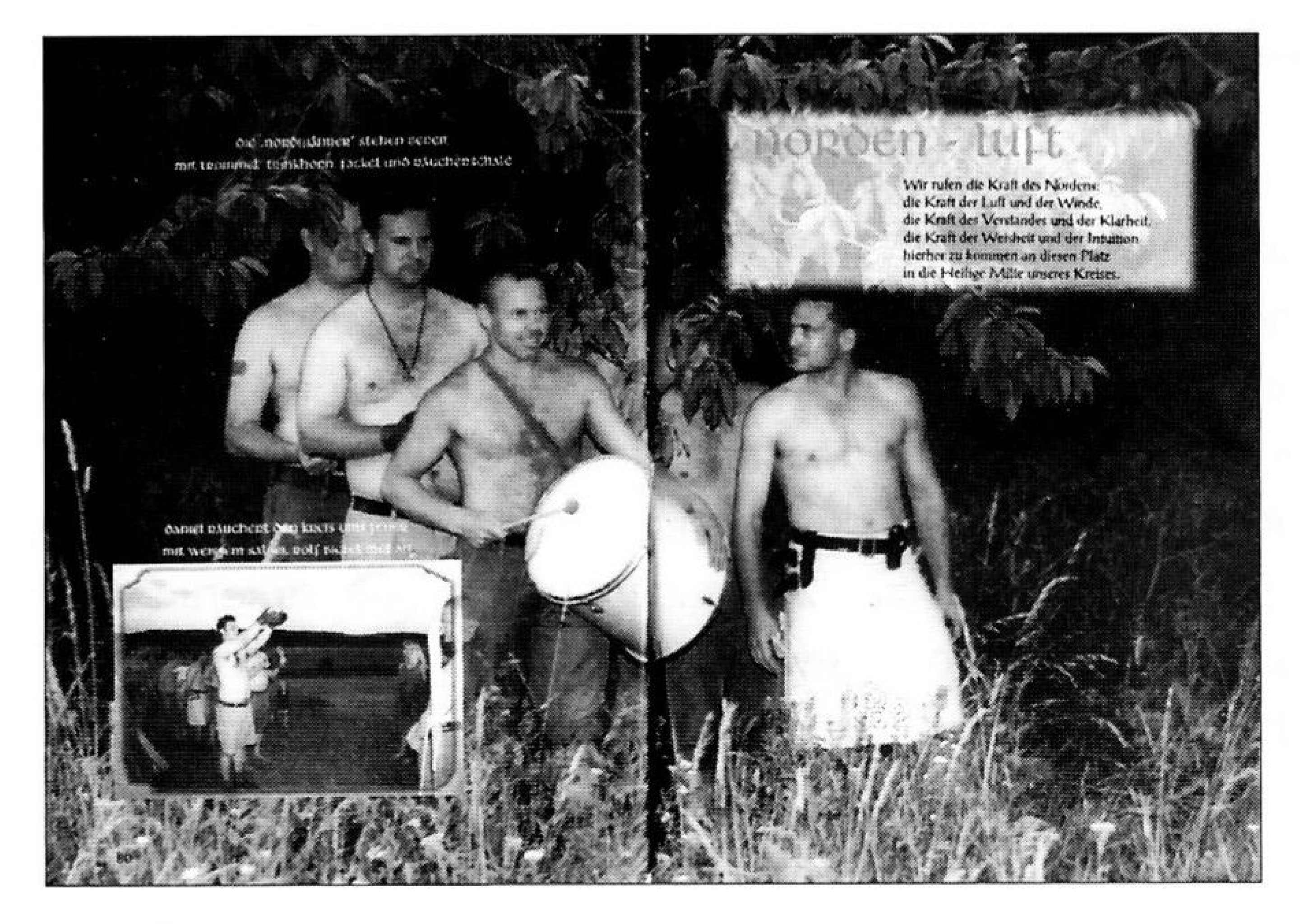
Berlusconis Politik eines „italienischen Wunders“ bleibt reine Ankündigung. Die Wirtschaftsdaten sacken ständig weiter ab, statt Aufschwung gibt es Rezession. Hinter den leicht verbesserten Arbeitslosenzahlen verstecken sich Gelegenheitsarbeiter ohne soziale Absicherung. Das Pensions- und Sozialsystem wird demontiert und privatisiert. Das Bildungssystem wird ausgehungert, die Kultur ausverkauft und versilbert, die Umwelt vermarktet. Die restriktive Einwanderungspolitik ist desaströs. In Italien macht sich immer mehr ein liberalistischer Sozialdarwinismus breit. Berlusconi betreibt in Italien eine Politik, die hin zu einem sanften, opulenten TV-Autoritarismus führt.

„Uraltes Wissen“ im neuen Geist

Den magischen „Traditionen“ hat sich der „Arun-Verlag“ verschrieben. Das „uralte Wissen“ der nordischen Mythologie und der keltischen Magie will der kleine Verlag aus Engerda in Erinnerung rufen. Bei der Wiedererweckung der spirituellen „Kulturen“ erscheinen so manch neurechte Ideologeme, welche esoterisch Motivierte, spirituell Interessierte und magisch-ästhetisch Orientierte beflissen übersehen.

Von Andreas Speit

Die Titel des thüringischen Verlags „Das Geheime Wissen der Frau“, „Germanische Magie“ oder „Nordisches Heidentum“ sind in der spirituellen Szene der Bundesrepublik bekannt. Kaum eine esoterische Buchhandlung, die nicht Bücher des Verlags von Stefan Björn Ulbrich ins Angebot aufgenommen hat. Kaum eine Esoterikmesse oder ein Dark-Wave-Event wo keine Verlagsveröffentlichungen ausliegen. Das Politische des Programms scheint in dem Spektrum indes weniger bekannt zu sein. In Hamburg geben sich die Erkenntnisverkäufer in mehreren Esoterikbuchläden zu den politischen Motiven unwissend. „In dem Verlag gibt es keine politischen Bücher“, beteuert eine Buchhändlerin, „nur spirituelle“. Dass sie in den Regalen neben „Celtic Design“ von Aidan Meehan auch die „Revolte gegen die moderne Welt“ von Julius Eovla aus dem Verlag anbieten, scheint kein Widerspruch. „Evola, ein faschistischer Kulturphilosoph. Nein“, erwidert sie. Der Autor kritisiert doch bloß den „blinden materialistischen Fortschritt“. Allein bei Weiland fiel die „Gewichtung auf das Nordische“ auf. „Eine politische Intention ist zu befürchten“, erklärt eine Mitarbeiterin der Eso-Abteilung.



Back to the roots...

Seit Anfang der 1990er Jahre bemüht sich Ulbrich als Verleger und Autor, das Wissen über die europäischen Mythen und Kulte zu verbreiten. Denn der einstige Aktivist der verbotenen rechtsextremen „Wiking Jugend“ (WJ) und ehemalige Redakteur der „Jungen Freiheit“ (JF) möchte eine „konservative Kulturavantgarde“ schaffen, die aus altem Wissen und neuen Entwicklungen eine neurechte Kulturalternative entwickeln soll. Wegen eines mangelnden dynamischen Kulturverständnisses verließ Ulbrich Ende 1993/Anfang 1994 die „neurechte Wochenzeitung“. „Die ‚Neue Rechte‘ braucht ein wesentlich erweitertes Verständnis von Kultur“, führte er in der JF aus und „wem also an Kultur und Identität gelegen ist, der schaffe Möglichkeiten und Räume [...] Wer dagegen nur davon spricht, dass die kulturelle Identität erhalten werden müsse, verkennt völlig den dynamischen Charakter“.

So möchte Ulbrich mit den spirituellen Büchern, wie „Symbol-Gebäck“ von Helge Folkerts und den politischen Werken, wie zu dem SS-Brigadeführer Karl Maria Willigut: „Weisthor. Karl Maria Willigut. Himmlers Rasputin und seine Erben“, und zu dem SS-Ahnenforscher Otto Rahn: „Otto Rahn und die Suche nach dem Gral“ neue Denkräume eröffnen. Aber auch Erlebnisräume werden geschaffen. Regelmäßig bietet Ulbrichs Team kultische Tage oder spirituelle Seminare an. Neben dem „Arun-Verlag“ unterhält Ulbrich auch den „Gaia“-Versand, der „ausgesuchte Produkte und Literatur anderer Verlage“ anbietet.

Alles „Jugendsünden“ beschwichtigt Ulbrich mit Bezug auf seine früheren Aktivitäten und mit Verweis auf die Verbreitung seines Verlagsprogrammes über rechtsextreme Zeitschriften verharmlost er, das sind „nur ca. 10 Händler“. Nicht erwähnt wird, dass bei Nichtzahlung von Rechnungen, der Verlagsinhaber nachweislich bis Mitte der 1990er die „KEL-Unternehmensberatung“ beauftragte, das Geld einzutreiben. Geschäftsführer des Inkassoinstituts ist Klaus Dieter Ludwig, der Mitgründer der „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“ (1972) und Beisitzer der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (1995), seine Mitarbeiterin ist Ute Lukas-Rennicke, Frau des Nazibarden Frank Rennicke. Aber auch in den Bücher spiegelt sich die „Vergangenheit“ des Verlegers wider. „Neben Beiträgen demokratischer Autoren“ enthalten Sammelbände des Verlags „zahlreiche Aufsätze von Rechtsextremisten“ erklärt das Bundesministeriums des Inneren und betont „an der Erstellung einzelner Titel (sind) auch Personen (beteiligt), die als rechtsextremistisch einzuschätzen“ sind.

Im rechtsextremen Fahrwasser

„Schlesische Jugend“ mobilisiert gegen Polen

Mit Transparenten, auf denen zu lesen ist „Breslau, Oppeln und Stettin sind deutsche Städte wie Berlin“ demonstriert die „Schlesische Jugend“ (SJ) jährlich zum Tag der deutschen Einheit in Düsseldorf für ihre revanchistischen Ziele.

Von Gerd Alt

Eigentlich wolle man lieber in Berlin als in Düsseldorf auf die Straße gehen. Doch müsse man in Berlin, „anders als in Düsseldorf, mit Sicherheit mit der Antifa rechnen“, äußerte der neue Bundesvorsitzende der SJ und Düsseldorfer BdV-Kreisverbandsvorsitzende, Christoph Wylezol kürzlich in einem „Junge Freiheit“-Interview. Dabei hat es die SJ mit ihren angeblich 30.000 Mitgliedern längst auch in Düsseldorf - und nicht nur dort - verdient, mit der antifaschistischen Öffentlichkeit konfrontiert zu werden.

Seit gut 20 Jahren verfügt die SJ über gute Beziehungen zur so genannten „deutschen Minderheit“ in Polen. Wichtigster Aktivposten ist in diesem Bereich die mit Bundesmitteln geförderte und als gemeinnützig anerkannte Bonner „AGMO e.V.“, ein bundesweiter Arbeitskreis der „Schlesischen Jugend“. Unter Anleitung der „AGMO e.V.“ wurden ab Mitte der 1980er Jahre - damals noch konspirativ - „Deutsche Freundschaftskreise“ (DFK) in der polnischen Region Slask (dem früheren Schlesien) aufgebaut. Ziel dieser mittlerweile 300-600 örtlichen DFK-Gruppen in Polen war und ist es, „die (deutsche) Volksgruppe in ihrer Identität (zu) stärken.“ In seinem JF-Interview berichtet Wylezol voller Stolz von einer Provokation gegen Polen im Mai diesen Jahres. In Zusammenarbeit mit Angehörigen der so genannten „deutschen Minderheit“ in Polen hatte die SJ in einer Nacht- und Nebelaktion 700 Holzkreuze aufgestellt. Als Aktivist tat sich der damalige Noch-Bundesvorsitzende der „Schlesischen Jugend“, Jürgen Hösl hervor. Rund um Wroclaw, wo gerade Bundeskanzler Schröder zu einem Staatsbesuch weilte, stellte er mit anderen die Kreuze auf. Man wollte daran erinnern, dass dieses Land „kulturell und moralisch gesehen deutsches Land“ sei. Nach einer kurzen Verhaftung wurden die Aktivisten der SJ nach Deutschland abgeschoben. In hämischer Freude berichtete die rechtsextreme Zeitung „Der Schlesier“ über die Reaktionen in der polnischen Bevölkerung, die diese Aktion als Zeichen wertete, dass die Deutschen zurückkehren und Rache nehmen würden.

Parallel zu den Provokationen in Polen fand im Mai diesen Jahres in der SJ ein Führungswechsel statt. Der JF-Interviewpartner Wylezol löste den bisherigen Bundesvorsitzenden Jürgen Hösl in dieser Funktion ab. Gleichwohl dürfte der ehemalige Nürnberger und jetzige Görlitzer Hösl, der weiterhin stellvertretender Vorsitzender bleibt, mit der Geschäftsführung der SJ-Bundesgruppe eine noch aktivere Position eingenommen haben. Das CSU-Mitglied Hösl war früher Kontaktperson für Mittel-Franken der Mechtersheimer „Deutschland-Bewegung“. Seine Programmatik für die SJ brachte er 2001 beim „Schlesiertreffen“ unters Revanchistenvolk, als er dazu aufrief, „das Recht auf Heimat aufrechtzuerhalten [...] und der deutschen Jugend das kulturelle Erbe der ostdeutschen Länder anzuvertrauen.“

Zum Schriftführer wurde Christian Unkel gewählt. Unkel hält offensichtlich für die SJ den Kontakt zum offen rechtsextremen Spektrum des bundesdeutschen Revanchismus. 2001 trat er dem „Witikobund“ bei. Weiter fiel er 1999 - damals noch Student in Heidelberg - als Unterstützer des von Mechtersheimer initiierten „Arbeitskreises unsere Sprache“ auf.

Interessant auch das Agieren des neuen Pressereferenten der SJ, Michael Kuligowski aus Düsseldorf. In „Der Schlesier“ ließ er eine Pressemitteilung zum Führungswechsel bei der SJ veröffentlichen und auch der hetzerische Artikel über die Holzkreuzaktion in dem Blatt ist mit „Schlesische Jugend, Bundesgruppe e.V.“ unterschrieben. Kuligowski setzt damit ein deutliches Zeichen für die rechtsextremen Tendenzen bei den „Jungen Schlesiern“. Die „Landsmannschaft Schlesien“ hatte sich 1988 nämlich offiziell von dieser Zeitung als ihrem Mitteilungsorgan getrennt, da in ihr deutlich neonazistische Tendenzen zu erkennen waren.

Dass der im Mai diesen Jahres neu gegründete thüringische Landesverband der SJ von Neonazis geführt wird, ist dann nur noch eine konsequente Fortführung extrem rechter Tendenzen in diesem Jugendverband. Zum Landesvorsitzenden der SJ in Thüringen wurde der Jenaer Theologiestudent Dirk Metzig gewählt. Metzig galt bis zu seinem Ausschluss auf der Burschenschaft „Jenensia zu Jena“ als deren Kontaktmann zum neonazistischen „Thüringer Heimatschutz“. Der im März diesen Jahres auch in den Thüringer BdV-Landesvorstand gewählte Metzig fungierte dann bei der 2000 gegründeten Burschenschaft „Normannia zu Jena“ als Führungsfigur. Diese Burschenschaft kann als Auffangbecken der von der „Jenensia zu Jena“ wegen rechtsextremer Tendenzen ausgeschlossenen Burschen gelten.

Ebenfalls zum thüringischen Landesvorstand der SJ zählt der rechtsextreme Liedermacher Martin Rocktäschel. Rocktäschel gehörte im Jahr 2000 dem thüringischen Landesvorstand der NPD an und gab im selben Jahr beim JN-Kongress in Eisenach sein „Liedgut“ zum Besten.

Man wolle sich ganz in den Dienst der Mutterlandsmannschaft stellen, ließ der thüringische Landesverband der SJ auf seiner Gründungsversammlung verlautbaren, und strebe eine baldige Mitgliedschaft in der Bundesgruppe der „Schlesischen Jugend“ an. Angesichts der rechtsextremen Tendenzen in dieser Bundesgruppe dürfte auch die Aufnahme eines rechtsextremen Landesverbandes wie des thüringischen eine reine Formsache sein.

Vor drei Jahren trennte sich die „Landsmannschaft Ostpreußen“ nach gehörigem Druck durch das Innenministerium von ihrer Jugendorganisation der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO). Diese Entwicklung ist für die JS überfällig. Sie stellen mit ihren guten Verbindungen zur so genannten „deutschen Minderheit“ in Polen und den gemeinsam initiierten Provokationen eine viel größere Gefahr dar. Die JLO landete schließlich als korporatives Mitglied im „Witikobund“. Teile des Bundesvorstandes der SJ haben dort als Mitglied ja schon das Feld bereitet.

Gedenkstätte geschändet

Die KZ-Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge in Sachsen-Anhalt ist Ende Juli diesen Jahres geschändet worden. Unbekannte klebten Hetzplakate gegen Juden an die Gebäude der ehemaligen Außenstelle des Konzentrationslagers Buchenwald nahe Halberstadt. Bei den Plakaten handelt es sich um Kopien von NS-Zeitungsblättern aus der Zeit von 1933 bis 1945. Besucher hatten die Blätter entdeckt.

Uneigennütziger Pluralismus?

Die zwei Konzepte eines „Zentrums gegen Vertreibungen"

„Können manche Leute nicht lesen?" – Verärgert reagiert Peter Glotz auf den Vorwurf, die „Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen" schüre Nationalismus. Man habe „sehr bewußt den Vertreibungsbegriff im Plural" gewählt, erklärt der Sozialdemokrat, der die Stiftung gemeinsam mit der BdV-Präsidentin Erika Steinbach leitet.

Von Jörg Kronauer

„Vertreibungen" aus dem gesamten 20. Jahrhundert und aus ganz Europa will er thematisieren, die Umsiedlung der Deutschen aus Osteuropa soll nur einen Teil der Informations-, Dokumentations- und Begegnungsstätte samt „Requiem-Rotunde" einnehmen, für die Glotz und Steinbach einen geeigneten Standort in Berlin suchen. Der Rest wird anderen „Vertreibungen" und ihren Opfern gewidmet sein. Nationalismus will Glotz in dem Vorhaben nicht erkennen, im Gegenteil. „Ein Zentrum gegen Vertreibungen ist im Kern eine Plattform, auf der Nationalismus dokumentiert, analysiert, diskutiert - und bekämpft wird", stellt Glotz fest. Als Beispiel nennt er die Vertreibung der serbisch sprechenden Bevölkerung der Krajina durch die kroatische Armee. Kroatischer Nationalismus hat hier gewaltige Untaten hervorgebracht; Glotz' „Zentrum gegen Vertreibungen" würde ihn verurteilen. Einer endgültigen Vertreibung der Roma und der serbisch sprechenden Bevölkerung aus dem Kosovo würde es möglicherweise entschieden entgegentreten. Doch nicht nur dies. Gemeinsam mit Steinbach hat Glotz im vergangenen Jahr vieles getan, um den „europäischen" Charakter des geplanten Zentrums deutlich zu machen. Der neu gestiftete „Franz-Werfel-Menschenrechtspreis" der Stiftung etwa ist an einen armenischen Genozidforscher vergeben worden sowie an zwei Bürger und eine Bürgerin der Tschechischen Republik. Steinbach hat auf Einladung des „Zentralrates der Armenier in Deutschland" an der Gedenkfeier



Modifiziertes Wahlplakat

für die Opfer des Massenmordes an der armenisch sprechenden Bevölkerung des Osmanischen Reichs teilgenommen. Mit Hilfe der „Gesellschaft für bedrohte Völker" hat die Stiftung verschiedene Opferverbände aus mehreren europäischen Staaten auf ihre Seite gebracht.

Dennoch: Es steht nicht gut um die Pläne der Stiftung, der immerhin 400 deutsche Kommunen finanzielle Unterstützung zugesagt haben. Ein Konkurrenzprojekt scheint ihr derzeit den Rang abzulaufen, hinter dem vor allem Personen stecken, die in Vorfeldorganisationen des Auswärtigen Amts maßgeblich an der praktischen Gestaltung der deutschen Osteuropa-Politik beteiligt sind. Stefan Troebst ist einer von ihnen, Professor am „Geisteswissenschaftlichen Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas" in Leipzig und ehemals Gründungsdirektor des „Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen", das subversiver Tätigkeiten auf dem Balkan beschuldigt worden ist. Dieter Bingen, Direktor des „Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt", gehört zu der Clique, auch Gesine Schwan, Präsidentin der „Europa-Universität Viadrina" in Frankfurt an der Oder. Angeführt wird die Konkurrenzfraktion von einem der führenden SPD-Osteuropapolitiker, dem ehemaligen Abwicklungs-Außenminister der DDR, Markus Meckel. Meckel hat zielstrebig auf den Bundestagsbeschluss vom 4. Juli 2002 hingewirkt, in dem das deutsche Parlament einen „europäischen Dialog über die Errichtung eines europäischen Zentrums gegen Vertreibungen" verlangt hatte; er hat das Projekt im vergangenen Jahr im Stillen vorangetrieben. Internationale Tagungen am „Deutschen Polen-Institut" und an der „Europa-Universität Viadrina" sind wichtige Treffen gewesen, mit denen Teile der osteuropäischen Eliten in die Planungen für ein „Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen" eingebunden wurden. Genau dies ist der Unterschied zwischen Meckels Plänen und dem Glotz-Steinbach-Konzept. Meckel ist bemüht, die osteuropäischen Eliten in stärkerem Maße an der Entwicklung des Zentrums zu beteiligen. Der bisherige Widerstand gegen das Projekt dürfte damit zum Erliegen kommen, deutliche Anzeichen dafür sind jetzt schon zu erkennen. So gibt es im Establishment von Wroclaw laute Stimmen, die das „Europäische Zentrum gegen Vertreibungen" an die Odra holen wollen, der tschechische Senatspräsident hat einen Standort in der Tschechischen Republik ins Spiel gebracht. Die Motivation liegt auf der Hand: Wer das Zentrum errichtet, kann hoffen, den eigenen Einfluss maximal geltend zu machen und den gefürchteten Einfluss der „Vertriebenen" zu marginalisieren. In einem Aufruf, mit dem Meckel am 14. Juli diesen Jahres an die Öffentlichkeit getreten ist und den inzwischen fast 100 einflussreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnet haben, schürt der deutsche Sozialdemokrat diese Hoffnungen: Das Stiftungs-Konzept sei ein „vorwiegend nationales Projekt" und rufe in Osteuropa berechtigte Ängste hervor, heißt es dort; mit einer „gemeinsamen" Konzeption jedoch könne man „Versöhnung" erreichen. Viele Menschen in Osteuropa scheinen ihm dies zu glauben - leider. Denn entscheidend und nicht diskutierbar ist für Meckel ebenso wie für Glotz und Steinbach der politische Kern: Mit der Errichtung des Zentrums soll die Neubewertung der Umsiedlung der Deutschen als „Unrecht" durchgesetzt werden. „Unrecht" nämlich kann zum Zwecke der Entschädigung vor Gericht gebracht werden, dies übrigens einfacher innerhalb der Europäischen Union, der die betroffenen Staaten demnächst beitreten werden: Die „Landsmannschaft der Schlesier" hat entsprechende Klagen gegen Polen bereits angekündigt. Das „Zentrum gegen Vertreibungen" - egal in welcher Variante - bekämpft also nicht nur einige europäische Nationalismen, es schürt einen ganz bestimmten: Den deutschen.

Drehscheiben von links nach rechts

„Philosophischer Salon" und „Kalaschnikow"

„Rechte Leute von links" oder „Rechte Genossen" sind bereits publizierte Titel, die darauf hinwiesen, dass Personen aus einem linken Kontext heraus sich nicht nur nach rechts hin öffneten, sondern selber rechte und faschistoide Ideologie produzierten.

Von Raimund Hethey

Seit 1995 haben bei der PDS und in ihrem Umfeld organisierte Personen verschiedene Zeitungs-Projekte ins Leben gerufen, die auf eine korrekte Abgrenzung zu faschistoiden Zirkeln und Autoren verzichten und deren Mitarbeit suchen. Gemeint sind die Projekte „Kalaschnikow", „Der Querschläger" und „rbi-aktuell".

Kalaschnikow, der Begriff löst Assoziationen aus von revolutionärem Kampf, Niederschlagung des deutschen Faschismus oder über Aktionen der „Roten Armee Fraktion" – soll für linke LeserInnen chic sein. Das Berliner Projekt „Kalaschnikow" versteht sich „als eine Drehscheibe, die versucht, die verschiedenen, in unterschiedlichen Subkulturen aufgeteilten linken Strömungen miteinander in Kontakt zu bringen und dialogfähig zu machen", lautet das von Charly Kneffel, Redakteur der „Kalaschnikow", formulierte Selbstverständnis des Projekts. In seiner polemischen Replik auf die Kritik von Antifaschisten am inhaltlichen Konzept der „Kalaschnikow" fordert er „Schluß mit der Sektiererei, die systemoppositionelle Linke hat in den vergangenen 30 Jahren schon so viel Mist gebaut, daß sie sich nicht mehr viel leisten kann. [...] und [wenn] sich die revolutionären Kräfte neu formieren, müssen wir eine gewisse Offenheit zeigen. Nicht für Rechts, aber für den Klassischen Marxismus, die Kritische Theorie, ernsthaften Reformismus, Anarchismus und anderes. [...]. Für eine „Querfront" ist da kein Platz [...]." In der Praxis hat sich das Projekt „Kalaschnikow" mit der Verteidigung des inzwischen bei der „neurechten" „Jungen Freiheit" zu verortenden Bernd Rabehl, einem aus dem Forum nicht gelöschten Werbe-Aufruf für die faschistoide Zeitschrift „Wir Selbst", einem aus peinlicher Unwissenheit publizierten Beitrag von LaRouche und einer nicht eindeutigen Distanzierung vom Antisemitismus in den Verdacht gebracht, ein „Querfront"-Projekt zu sein, das sich nicht nur aus kommerziellem Grund eine neue Leserschaft sucht. Inzwischen kann nach einem Gerichtsurteil der „Kalaschnikow"-Herausgeber Stefan Pribnow als „Promoter für Rechts" beurteilt werden. Kritik an den geschilderten Vorfällen, zunächst von Mitgliedern des Projekts selbst, wurde von den Machern als „Denunziantentum" gebrandmarkt, eine Distanzierung mit Ausnahme zum LaRouche-Artikel fand nicht statt.

Die 1995 von Stefan Pribnow (PDS), der im Bremer Umland aufwuchs und im Emsland seine Ausbildung erfuhr, gegründete und bis heute verantwortete „Kalaschnikow" wäre keine Zeile wert, wenn sie nicht in einem größeren Zusammenhang gesehen werden müsste. Zu der „Kalaschnikow" gesellte sich ab 1999 die Website „rbi-aktuelle.de", die von Martin Müller Mertens betrieben wird. Der gibt seiner Internetpräsenz einen stärkeren nazistischen Anstrich, weil bei ihm Neo-Nazis, „Neurechte" und Revanchisten wie Gerhoch Reisegger, Rolf-Josef Eibicht, Alain de Benoist, Manfred Rouhs zu Wort kommen können. Beide „Nachrichten-Seiten" kommen unter dem Dach eines gemeinnützigen Vereins zusammen, in dem sich mehr oder weniger bekannte Personen zusammengeschlossen haben, die in der „Bundesarbeitsgemeinschaft Linke Opposition in und bei der PDS", in der DKP, dem „Marxistischen Forum", der „Kommunistischen Plattform der PDS", der KP Kolumbiens, der Gewerkschaft „ver.di" und der PDS selbst organisiert sind. Inmitten dieses 30 Mitglieder starken Vereins (laut Protokoll der Mitgliederversammlung vom 20. März diesen Jahres) sitzt auch der Professor der „Freien Universität" Bernd Rabehl. Die politische Wirksamkeit des Vereins wird durch die Multiplikatorenfunktion seiner Mitglieder verstärkt, denn einige Mitglieder publizier(t)en z.B. in der „Jungen Welt" oder dem „Neuen Deutschland". Für Veranstaltungen, darunter immer noch klassische Marxismusschulungen, kann auf Fördergelder der „Rosa-Luxemburg-Stiftung" und der „Helle Panke e.V." zugegriffen werden. Der „Philosophische Salon" gibt als Vereinszweck „die Förderung des demokratischen Staatswesens, insbesondere die Förderung der Wissenschaft und Forschung, der politischen Bildung, der Wissenschafts- und Gesellschaftskritik [an]. Zu diesen Zwecken gibt der Verein eigene Publikationen heraus, führt wissenschaftliche Veranstaltungen und Forschungsvorhaben sowie Veranstaltungen zur Förderung des kulturellen Lebens allgemein zugänglich durch. Die Publikationen werden (wie bspw. ‚Der Querschläger') vom Verein redaktionell bearbeitet, verantwortet und sowohl als Printprodukt als auch im Internet (kostenfrei) angeboten. Der Verein dient damit der Förderung der demokratischen Erziehung und der Volksbildung", soweit die Satzung. Der „Philosophische Salon" unterstützt damit auch das Projekt „Kalaschnikow". „Der Querschläger ist [...] ein Supplément des Politmagazins Kalaschnikow - unserer Waffe der Kritik -, die ihre stärkste Durchschlagskraft im Ziel erreicht, bei dem die Streuung - gerade bei lockerer Hand - höchstwahrscheinlich ins Schwarze trifft, anders gesagt: Jeder Querschläger ein Treffer" erfährt man auf der Homepage. „Querschläger" Nummer 12 thematisiert „Das Recht auf Faulheit", bearbeitet von Bernd Rabehl und David Tiger. Eine Distanzierung der PDS von ihren nach rechts gewandten Mitgliedern ist wohl nicht zu erwarten. Da waren die Gewerkschafter schneller, die Rabehl den Status eines Vertrauensdozenten bei der „Hans-Böckler-Stiftung" aberkannten.

Fluter porträtiert Jungvertriebene

Das von der „Bundeszentrale für politische Bildung" herausgegebene Jugendmagazin „Fluter" widmet in seiner aktuellen Ausgabe (Nr.7/Juli 2003) zum Thema Tschechien einen zweiseitigen Artikel einem Mitglied der „Sudetendeutschen Jugend" (SdJ). Antonia Goldhammers (19) Großvater stamme aus Teplice in Tschechien, die Familie sei vertrieben worden. Goldhammer verabscheue „die Faschisten und die Linken von der Zeitung Neues Deutschland" - „sie leidet mit australischen Aborigines und mit deutschen Neo-Nazis (sic!)." Die SdJ setze sich für „Aussöhnung" zwischen Deutschen und Tschechen ein - „jedes Leid ist schlimm". Der Schulunterricht in Geschichte habe sie sehr geärgert: „Ich hatte den Eindruck, wir machen 400 Jahre Zweiten Weltkrieg". Jeder müsse sich den „Nazi-Verbrechen" stellen, aber niemand stelle sich „der Vertreibung". Es werde nun Zeit, „die anderen Dinge zu sehen".

Paradigmenwechsel

Von Gerd Pfarrland

Die „Neue Rechte" hat sich seit der Vereinigung der Bundesrepublik und der DDR einen festen Platz in der politischen Kultur Deutschlands erobert. Ausschlag gebend dafür war die Renaissance der „nationalen Frage" – die auch von der politischen „Mitte" angestrebte „Normalisierung" Deutschlands nach dem so genannten Ende der Nachkriegzeit Anfang der 1990er Jahre. Die Bundesrepublik sollte ein „normaler" Staat werden, mit entsprechenden machtpolitischen Optionen.

Exakt dies war auch die Position (und Hoffnung) der „Neuen Rechten" in der Bundesrepublik. Ihr Ziel war die weitgehende Rehabilitierung des deutschen Nationalismus nach dem „Ernstfall" 1989, wie Joachim Hentze in dem neurechten Theorieorgan „Criticón" den Zeitpunkt bezeichnete. Die Vertreter der „Neuen Rechten" hofften, nun die Gunst der Stunde nutzend, ihre Ideologeme in die öffentliche Debatte einbringen und dadurch das politische Koordinatensystem in Bewegung setzen zu können.

In seinem Buch über das Verhältnis von „Neuer Rechter" und Berliner Republik hat der Journalist Friedemann Schmidt diesen Zusammenhang eingehender untersucht. Anhand einer umfangreichen Analyse der „neurechten" Strategiedebatten zu Beginn der 1990er Jahre in der Zeitschrift „Criticón" zeigt er deren Positionen und Ansätze zur autoritären Neuausrichtung der deutschen Außen- und Innenpolitik auf. Diese stießen nur deswegen auf Resonanz in der „Mitte der Gesellschaft", weil die politischen Entwicklungen von 1989/90 es ermöglichten. Damalige Zielvorgaben waren die „Beendigung der Nachkriegszeit", die Legitimierung der „selbstbewussten Nation" und der Kampf gegen „PC", „Tabus" und „Denkverbote", was direkt gegen die Vergangenheitsaufarbeitung gerichtet war, da die Erinnerung an Auschwitz einer „Normalität" Deutschlands entgegensteht.

Das Streben nach „Normalität" und „selbstbewusster Nation" fand auch links der CDU/CSU breiten Anklang und sei so ebenfalls handlungsleitende Prämisse der Rot-Grünen Bundesregierung geworden. Nach Schmidt existiert nunmehr eine neuartige Koalition der „Normalisierer" von politisch weit rechts stehend bis hin zu (ehemals) links-liberal.

Die Konvergenzen zwischen rechten und öffentlichen Debatten der „Mitte" zeigen so eine Rechtsverschiebung der politischen Kultur der BRD an. Die „Neue Rechte" sei dabei nicht nur Stichwortgeber, sondern Indikator fundamentaler Veränderungen in der „Berliner Republik", denn der politische Paradigmenwechsel gehe nicht von der „Neuen Rechten", sondern von der politischen Mitte aus.

Ein absolut lesenswertes Buch, das die politische Kultur der „Berliner Republik" hinterfragt.

Friedemann Schmidt: Die Neue Rechte und die Berliner Republik. Parallel laufende Wege im Normalisierungsdiskurs, Westdeutscher Verlag: Wiesbaden 2001, 400 Seiten, 39,00 Euro.

Brauner Morgen

Von Janine Clausen

Die Parabel „Martin Brun" ist in Frankreich ein Überraschungsbestseller. Nun liegt die kleine Geschichte von Franck Pavloff in deutscher Übersetzung vor.

Charlie und sein Freund sitzen gerne in der Sonne, trinken Kaffee, schlürfen Pastis und spielen Karten. Doch die beiden leben in bewegten Zeiten, die sie selbst anfänglich nicht bewegen. Ein extremistisches Regime – ein brauner Staat - kommt herauf. Aus sonderlichen Gründen sind nur noch Hunde und Katzen erlaubt, die ein braunes Fell haben. Die beiden sind zwar irritiert, vermuten aber, dass der Staat wichtige Gründe für das Einschläfern aller andersfarbigen Tiere hat. Auch als die Tageszeitung verboten wird, weil sie gegen die Verordnung anschrieb, denken sie nicht viel darüber nach. Die beiden wollen ihre Ruhe und vor allem kein Ärger. Sie passen sich an und sehen weg. Bis es zu spät ist ...

Die Hauptfiguren haben kein Alter und die Vorfälle geschehen in einem zeit- und ortslosen Raum, so entsteht eine Parabel über Konformismus und Desinteresse. Eine kleine Geschichte mit großem Nachhall über mangelnde Zivilcourage. Wer sich an Martin Niemöllers Vers „als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist" erinnert fühlt, irrt nicht.

Franck Pavloff: Brauner Morgen, Distel Literaturverlag: Heilbronn, 12 Seiten, 1,90 Euro.

Impressum:
Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr.16, 30161 Hannover
Postanschrift: Der Rechte Rand, Postfach 1324, 30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Werkdruck Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme„ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich augehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Handbuch Rechtsradikalismus

Von Martin Mayer

Ein Handbuch sollte sich im alltäglichen Gebrauch beweisen. Keine neue Erkenntnis, nur eine berechtigte Erwartung. Die Herausgeber des „Handbuch Rechtsradikalismus", Thomas Grumke und Bernd Wagner, wollten denn auch ein „hilfreiches Nachschlagewerk zu allen Bereichen des gegenwärtigen deutschen Rechtsextremismus", sowohl für „Fachleute, als auch Laien" vorlegen. Doch das Handbuch wird weder der berechtigten Anforderungen, noch dem selbst gewählten Anspruch gerecht. Leider, denn gut sechs Jahre nach dem von Jens Mecklenburg herausgegeben „Handbuch Deutscher Rechtsextremismus" wäre ein aktuelles Nachschlagewerk dienlich. Nach Konzept und auch fast nach Format kommt das neue Handbuch auch dem alten nach. Auch wenn die Herausgeber gern jeden Vergleich ablehnen.

Wie das „Alte" ist das neue „Handbuch" in eine Essaysammlung zu aktuellen Themen und in ein Lexikon zu relevanten Personen, Organisationen und Strukturen gegliedert. Selbstverständlich kann kein Buch eine allumfassende Darstellung der extremen Rechten bieten. Umso entscheidender ist für ein „Nachschlagewerk" die Auswahl der aufgegriffenen Themen und ausgewählten Aktivisten und Strukturen. Dieses immanente Dilemma löst das „Alte" mit einer Ausdifferenzierung der Essays zwischen Grundlagentexten und Vertiefungen. Im „Neuen" unterlässt man dies. Mit der Folge, dass die „kurzen" Essays viele Aspekte eines Themas berücksichtigen müssen. Nicht alle werden dem gerecht. Armin Pfahl-Traughbers Darstellung über die „Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland", Michael Minkenbergs Vergleich des „Rechtsradikalismus in Mittel- und Osteuropa" oder Renate Bitzans Darlegungen zu „Frauen in der rechtsextremen Szene" sind gelungene, kompakte Reflexionen. Sven Pötschs Überblick zur „Rechtsextremen Musik" und Klaus Parkers Einblicke in den „Rechtsextremismus im Internet" sind es nicht. Pötsch bezieht sich vor allem auf alte Fakten von vor Jahren, um eine neue Einschätzung darzulegen. So betont er eine Abgrenzung zwischen dem politischen Spektrum und der subkulturellen Szene und meint, dass der Erfolg von „Blood & Honour" (B&H) an „dem Versagen der NPD gekoppelt" sei. Beides fragwürdig und schon längst durch die Praxis der „Freien Nationalisten" und das Zusammenwirken im RechtsRock-Bereich nach dem B&H-Verbot widerlegt. Dieses momentane Zusammenspiel hätte betrachtet werden müssen, um die perspektivischen Entwicklungen erfassen zu können.

Fast ohne Fakten beschreibt indes Parker die Rechte im Internet. Schon die Nummerierungen der Kapitel offenbart diesen Mangel. Nach „2. Rechtsextreme entdecken das Netz" folgt „4. Offizielle Gegenstrategie". Wo ist „3. aktuelle Situation"? Eine Darstellung vom virtuellen Netzwerk und der realen Verankerungen unterlässt Parker.

Eine Differenzierung des lexikalischen Abschnitts wie im „Alten" in „nicht mehr aktive Organisationen", Grau- und Braunzone, „rechtsextreme und neofaschistische Gruppen" usw. wäre auch im „Neuen" hilfreich gewesen. Stattdessen liegt eine grobe Gliederung zwischen Personen, Infrastrukturen, Verlagen/Vertrieben und Bands/Musikern vor. Auch diese fehlende Eingrenzung - nach dem theoretischen Profil - bleibt nicht ohne Folgen. Bei den Personen finden sich fast nur NPD-Kader und Aktivisten der „Freien Kameradschaften". Die Organisationen scheinen gar recht beliebig ausgewählt worden zu sein, da ausführliche Darstellungen von unbedeutenden Kleinstvereinen und lang verbotenen Kleinstparteien verstärkt zu finden sind und andere bedeutende Gruppen und arbeitende Vereine nicht auftauchen. Außer dem „Witiko-Bund" findet sich keine Organisationen aus den Burschenschafts- und Vertriebenenspektren. Auch bei den Verlagen und Vertrieben erscheint die „Grau- und Braunzone" kaum. Selbst die „Junge Freiheit" erfährt keine lexikalische Beachtung.

Die Reflexion „bis zur Mitte der Gesellschaft" - wie der Untertitel verspricht - lösen die Herausgeber so dann auch kaum ein. Gerade jene Personen, Strukturen und Periodika die sich zwischen „Rechtsextremismus und Mitte" bewegen, werden kaum berücksichtigt.

Schon im Klappentext, wie auch in der Gliederung, fällt auf, dass sowohl der Begriff „Rechtsradikalismus" als auch „Rechtsextremismus" verwendet wird. Nicht ohne Grund: Die Autoren, erklärt Grumke, hätten auf einen einheitlichen „Rechtsextremismus- bzw. Rechtsradikalismusbegriff" verzichtet, um die „Diversität der Diskussionslandschaft" wiederzugeben. Die mangelnde Bestimmung verursacht aber, dass Neonazis als Rechtsradikale vorgestellt werden.

Thomas Grumke, Bernd Wagner (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Leske und Budrich-Verlag: Opladen, 546 Seiten, 29,90 Euro.

Griff nach dem Westen

Von Samuel Salzborn

Seit einigen Jahren wird intensiv über die NS-Ostforschung diskutiert. Im Mittelpunkt steht die Frage nach der Rolle der Wissenschaften im Nationalsozialismus, insbesondere der (fächerübergreifenden) Volkstums- und Kulturraumforschung. Die völkische Durchdringung der europäischen Nachbarstaaten war historisch jedoch keineswegs auf Osteuropa beschränkt. Insofern ist es konsequent, dass langsam auch eine Auseinandersetzung mit der so genannten Westforschung beginnt.

In dem umfangreichen Sammelband „Griff nach dem Westen" werden zahlreiche Forschungsergebnisse in Bezug auf die Westforschung präsentiert, wobei allerdings die Benelux-Staaten deutlich den Schwerpunkt der Darstellungen bilden. In vier großen thematischen Blöcken werden wissenschaftstheoretische, methodische und ideengeschichtliche Voraussetzungen der Westforschung beleuchtet, ihre inhaltlichen und ideologischen Grundlagen analysiert, bedeutsame Organisationen, Institute und Initiativen aus diesem Bereich vorgestellt sowie einzelne Westforscher porträtiert. Qualität, Reichweite und das Maß an kritischer Reflexion der rund 40 Aufsätze differiert dabei stark, wobei zweifelsfrei auch einige herausragende Beiträge Aufnahme in das Werk gefunden haben.

Der Sammelband eignet sich vor allem als Nachschlagewerk für bereits mehr oder weniger sachkundige Experten, da in ihm interessante (wenn auch in vielen Fällen bereits bekannte) Fakten zusammengefasst wurden – allerdings leider, ohne dass diese in eine wirklich transparente Gesamtstruktur eingebettet worden wären und so auch für den interessierten Laien problemlos erschließbar würden. Der Verzicht auf einige Beiträge wäre da möglicherweise ebenso von Vorteil gewesen, wie eine deutliche editorische Straffung. Dabei hätte nicht nur der Gebrauchswert der Arbeit erhöht, sondern auch ihr übertrieben hoher Preis gesenkt werden können.

Burkhard Dietz/Helmut Gabel/Ulrich Tiedau (Hg.): Griff nach dem Westen. Die „Westforschung" der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919-1960), 2 Bde., Waxmann Verlag: Münster 2003, 1.296 Seiten, 74 Euro.